

NEUE ZEIT

H A L B M O N A T S S C H R I F T

I N H A L T

DIE WICHTIGSTE VORAUSSETZUNG EINES DAUERHAFTEN FRIEDENS	1
E. SHUKOW — Zur Frage der Vormundschaft	3
N. BALTISKI — Von Freiheit und Verantwortung der Presse	7
M. RUBINSTEIN — Neue Energetik und alte Illusionen	12
Internationale Umschau (Notizen)	18
N. SERGEJEWA — Das Gesicht des Feindes	22
A. MENSCHIKOW — Durch die Tschechoslowakei (Reisebericht)	26
FRAGEN und ANTWORTEN: Die überseeischen Stützpunkte der USA	29
Chronik der internationalen Ereignisse	32

14

15. Dezember 1945

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: A. DANILOW

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12

Die wichtigste Voraussetzung eines dauerhaften Friedens

IN der heutigen Welt, die tief erschüttert ist durch den langjährigen verheerenden Krieg, gibt es keine wichtigere und verantwortlichere Aufgabe als die Sicherung eines festgefügtten und möglichst anhaltenden Friedens. Einen solchen Frieden brauchen die Völker, um die durch die räuberischen Aggressoren geschlagenen tiefen Wunden zu heilen und auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens voranzuschreiten.

Wie sind Friede und Sicherheit zu gewährleisten? Dies steht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit weitester Kreise. Da gibt es nun die verschiedensten Quacksalberrezepte, für die Leute die Reklametrommel rühren, die bestrebt sind, das leidenschaftliche Friedensverlangen der Völker für ihre egoistischen Interessen auszubeuten. Demgegenüber bestimmen die historischen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, insbesondere die Erfahrungen des Krieges, den Rahmen, innerhalb dessen die Lösung dieser Aufgabe gesucht werden muß. Es ist eine Reihe von günstigen Voraussetzungen geschaffen worden für die Sicherung eines haltbaren Friedens. Einerseits haben die freiheitliebenden Nationen durch ihre Anstrengungen die beiden Hauptherde der Welt-aggression zerschlagen. Andererseits hat die englisch-sowjetisch-amerikanische Koalition, die während des Krieges entstanden ist, ihre Fähigkeit zu vereintem Handeln im Interesse des gemeinsamen Kampfes gegen die Aggressoren bewiesen.

Es ließ sich jedoch schon während des Krieges voraussehen, daß die Gestaltung der Nachkriegsverhältnisse von den der Antihitlerkoalition angehörenden Nationen viel Anstrengungen und guten Willen fordern werde. Angesichts der neuen Verhältnisse nach Beendigung des Krieges hatte diese Koalition ernste Prüfungen zu bestehen. Wenn es unzweifelhaft ist, daß es reale Möglichkeiten für die erfolgreiche Lösung der gegenwärtigen internationalen Probleme gibt, so ist ebenso klar, daß es hierbei manche Klippen zu umschiffen gilt.

In der letzten Zeit treten, besonders anlässlich der bevorstehenden Tätigkeit der Organisation der Vereinten Nationen, auf der internationalen Arena so manche Projekte in Erscheinung, die

angeblich im Interesse der besten Friedenssicherung ausgeheckt wurden, in Wirklichkeit jedoch mit diesem hohen Ziel wenig gemein haben. Obwohl die Organisation der Vereinten Nationen faktisch ihre Tätigkeit noch nicht aufgenommen hat, beschäftigen sich manche ungeduldige Politiker schon jetzt damit, Pläne für ihren grundlegenden Umbau auszuarbeiten. Insbesondere wird behauptet, die Organisation der Vereinten Nationen könne nur dann zu einem wirksamen Garanten des Friedens werden, wenn man sie in eine Art „Weltföderation“ verwandle, in der die heute selbständigen Staaten sich etwa in der gleichen Lage befinden würden wie die Teilstaaten der USA. Dementsprechend werden in Wort und Schrift eine Weltregierung und ein Weltparlament propagiert.

Derartige Ideen gehen von den gleichen Kreisen aus, die noch vor kurzem versuchten, die Schaffung einer internationalen Sicherheitsorganisation zu hemmen, und unter der Maske von Verteidigern der Selbständigkeit und der vollen Rechte der kleinen Nationen auftraten. Jetzt versichern die gleichen Kreise, es könne keinen Frieden geben ohne die Aufhebung der nationalen Souveränität aller Staaten, darunter auch der Großmächte.

Freilich ist es eine Sache, das erhabene Ideal einer kommenden Vereinigung der Menschheit zu predigen, die frei wäre von den heute bestehenden sozialen Gegensätzen, und eine ganz andere Sache, über die „Weltföderation“ zu reden, wie das die englischen Konservativen oder die amerikanischen Isolationisten von gestern tun. Denn die neugebackenen Anhänger des „Weltstaates“ denken am allerwenigsten an die Beseitigung der sozialen und nationalen Unterdrückung in der heutigen Welt. Eben deshalb ist die wirkliche Bedeutung derartiger großspuriger Projekte gleich Null. Zugleich darf man nicht außer acht lassen, daß das Aushängeschild der Weltföderation nicht selten dazu dient, die unbegründeten Ansprüche einzelner Großmächte auf die führende Rolle in der ganzen Welt zu verdecken.

Kennzeichnend ist besonders der Umstand, daß

die Aufrufe zur Vervollkommnung der kürzlich auf der Konferenz von San Franzisko beschlossenen Satzung der Vereinten Nationen in der Hauptsache hinauslaufen auf die Forderung, den in der Satzung fixierten Grundsatz von der Einstimmigkeit der Großmächte, die ständige Mitglieder des Sicherheitsrats sind, aufzuheben. Das Prinzip der Einstimmigkeit, das von seinen Gegnern als „Vetorecht“ bezeichnet wird, wird wiederum zur Zielscheibe von Angriffen gemacht. Zum Unterschied von den früheren Angriffen jedoch, die unter der Flagge des Schutzes der kleinen Nationen gegen die „Diktatur der Großmächte“ unternommen wurden, werden die gegenwärtigen Angriffe in so offener Form geführt, daß als Hauptargument die Berufung auf die Atombombe dient. Es läßt sich nicht bestreiten, daß das Auftauchen der Atomwaffe neue Momente in die internationale Situation hineingebracht hat. In diesen neuen Verhältnissen ist eine feste Zusammenarbeit der Großmächte im Interesse des allgemeinen Friedens jedoch nicht weniger notwendig. Eher umgekehrt. Demgegenüber stellen die Vorschläge, das Prinzip der Einstimmigkeit im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen aufzuheben, nichts anderes dar als einen Versuch, die feste Zusammenarbeit der friedliebenden Großmächte abzulehnen und zu anderen Methoden der internationalen Politik überzugehen. Diese anderen Methoden können die Völker jedoch nicht auf den Weg des sicheren Friedens führen.

Das Bestreben nach einer Änderung der Grundlagen, auf denen die Kampfgemeinschaft der freiheitliebenden Völker während des Krieges gegen die deutsche und die japanische Aggression errichtet wurde, geht in manchen Kreisen so weit, daß einige Organe der Auslandspresse mit ernster Miene die Frage erörtern, ob die „großen Drei“ nötig seien oder nicht. Man könnte mit dem gleichen Erfolg die Frage erörtern, ob die vier Himmelsrichtungen oder die fünf Weltteile notwendig seien oder nicht. Das Vorhandensein der drei Großmächte, die die Niederwerfung der faschistischen Aggressoren in Europa und im Fernen Osten sichergestellt und als Initiatoren der Organisation der Vereinten Nationen die Hauptverantwortung für die Wirksamkeit ihrer Tätigkeit übernommen haben, ist nun einmal eine Tatsache. Tatsachen aber lassen sich bekanntlich nicht durch irgendwelche Erklärungen oder Zeitungsartikel aus der Welt schaffen. Deshalb sind Zweifel an der Notwendigkeit der „großen Drei“ in Wirklichkeit gleichbedeutend mit Zweifeln an der Notwendigkeit einer festen und dauerhaften Zusammenarbeit der den Vereinten Nationen angehörenden Großmächte im Interesse aller friedliebenden

Völker, der großen wie der kleinen. Dabei haben die Erfahrungen des Krieges ebenso wie die der Vorkriegszeit mit genügender Anschaulichkeit gezeigt, daß diese Zusammenarbeit den Eckpfeiler der internationalen Sicherheit bildet. Nur durch die gemeinsamen Anstrengungen der friedliebenden Mächte, die den Sieg über die Kräfte der Aggression garantiert haben, kann auch der Erfolg der internationalen Sicherheitsorganisation garantiert werden. Andernfalls würde sich die jetzt im Entstehen begriffene Organisation der Vereinten Nationen unvermeidlich in ein Gebilde verwandeln, das dem Völkerbund traurigen Angedenkens ähnlich sieht. Das Scheitern des Völkerbunds wurde natürlich nicht nur und nicht sosehr durch organisatorische Mängel verursacht, wie wesentlich diese an sich auch gewesen sein mögen, sondern durch einen so entscheidenden politischen Faktor wie die Uneinigkeit der friedliebenden Großmächte. Hier sollte man immer wieder daran erinnern, daß der Völkerbund vor allem als ein Werkzeug zur Isolierung der Sowjetunion geschaffen und später auch großzügig benutzt wurde. Alle Gelüste, solche Tendenzen heute wiederaufleben zu lassen, wären nichts anderes als ein Rückfall in die verhängnisvollsten Traditionen des Völkerbundes. Solche Versuche haben heute wenig Aussichten auf Erfolg. Dennoch können sie der internationalen Sicherheit wesentlichen Abbruch tun.

Die in der letzten Zeit zu beobachtenden Anschläge auf die Grundlagen der internationalen Zusammenarbeit müssen in den weitesten Kreisen der demokratischen Länder selbstverständlich Beunruhigung hervorrufen. Was die Sowjetöffentlichkeit betrifft, so steht sie unbeirrbar auf dem Standpunkt, daß die feste Zusammenarbeit der Großmächte, die die Hauptverantwortung für den Frieden in der ganzen Welt tragen, die erste Bedingung und das Unterpfand ist für den Erfolg der internationalen Sicherheitsorganisation. Die Verantwortung für den Frieden ist in dem anbrechenden Zeitalter der Atomenergie größer als jemals zuvor. Der Wille der Sowjetunion zur engen internationalen Zusammenarbeit im Interesse des Friedens und der Sicherheit der Völker ist unerschütterlich. Aber auch in den anderen Ländern muß Schluß gemacht werden mit den Versuchen, Auswege zu finden, die nichts gemein haben mit dem Geiste der Einmütigkeit und des Einvernehmens, in dem die Großmächte arbeiten müssen, um ihren auf die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit gerichteten Bemühungen Wirksamkeit zu verleihen. Jetzt gilt es, die Fähigkeit zu dauernder Zusammenarbeit im Interesse aller friedliebenden Völker in der Praxis zu beweisen.

Zur Frage der Vormundschaft

E. SHUKOW

HEUTE, nach Abschluß des zweiten Weltkriegs, meldet sich die Frage nach dem weiteren Schicksal der Millionenvölker der Kolonien und abhängigen Länder wiederum als eines der dringendsten Probleme an. Es kann keinen dauerhaften und gerechten Frieden geben, wie ihn die Menschheit erstrebt, wenn riesige Menschenmassen auf großen Territorien Asiens, Afrikas, Ozeaniens und Amerikas auch weiter der elementaren Bürgerrechte beraubt sind und ein Objekt politischer und ökonomischer Unterdrückung bleiben.

Schon lange ist die Kolonialfrage eine ständige Quelle internationaler Konflikte und Kriege. Die Völker der vereinten Nationen, die von dem Bestreben beseelt sind, ihren Sieg über die finsternen Kräfte des Faschismus zu verankern und eine Wiederholung der Aggression zu erschweren, sind lebhaft daran interessiert, einen so ausgesprochenen Brandherd eventueller internationaler Zusammenstöße, wie es das durch und durch reaktionäre Kolonialsystem ist, aus der Welt zu schaffen.

Es ist daher völlig verständlich, daß auf der Konferenz der vereinten Nationen in San Francisco, die die Satzung der internationalen Sicherheitsorganisation ausarbeitete, auch von den abhängigen und kolonialen Ländern gesprochen wurde. Obwohl alle Konferenzteilnehmer die Wichtigkeit dieser Frage einsahen, zeigte sich sofort, daß die verschiedenen Mächte wesentlich verschiedene Meinungen über die Art ihrer Behandlung haben.

Auf der Konferenz traten drei Hauptauffassungen hervor. Die erste, die sich von den Interessen der alten, großen Kolonialmächte leiten läßt, lief darauf hinaus, daß alle abhängigen Völker auf dem Weg zur Selbstverwaltung eine Reihe von Stadien durchmachen müssen: von der völligen Unterordnung unter die kontrollierende Macht bis zum Status eines Dominions, der obersten für sie erreichbaren Sprosse der „Leiter“, wie sich der englische Delegierte Lord Cranborne bildlich ausdrückte.

Hiernach hätte es selbst in ferner Zukunft als unmöglich und unzweckmäßig zu gelten, den Völkern der Kolonien und abhängigen Länder die staatliche Unabhängigkeit zu gewähren; die bestehenden Kolonialreiche sollten erhalten bleiben, wenn sie auch einen langsamen Prozeß der inneren „Vervollkommnung“ durchzumachen hätten.

Die zweite Auffassung, von den USA vertreten,

ist von der ersten vor allem dadurch verschieden, daß sie einräumt, die Kolonialvölker könnten unter gewissen Bedingungen so weit „heranreifen“, daß sie zur Unabhängigkeit fähig wären. Die amerikanischen Delegierten beriefen sich häufig auf das Beispiel der Philippinen, die in einem Zeitraum von fast 50 Jahren sukzessive die verschiedenen Stufen der Abhängigkeit von den USA durchmachten, bis sie sich schließlich als fähig erwiesen, ab Frühjahr 1946 die formale Unabhängigkeit zu genießen.

Die amerikanische Auffassung zeigte kein Interesse an der Erhaltung der seit langem bestehenden Kolonialreiche alten Typus wie das Britische Reich. Eher umgekehrt — sie verurteilte derartige Tendenzen. Es ist allbekannt, daß die amerikanische Politik stets ökonomischen Expansionsformen den Vorzug gegeben hat, die im Endeffekt den Einfluß Amerikas in den verschiedenen Zonen stärkten, ob diese nun im Bereich der Monroe-doktrin liegen oder nicht. Das Beispiel der Philippinen bestätigt das. Die ökonomischen wie übrigen wahrscheinlich auch die strategischen Positionen der USA auf den Philippinen bleiben auch nach Verkündung der formalen Unabhängigkeit unangetastet.

Die dritte Auffassung, die die Delegation der Sowjetunion am konsequentesten vertrat, geht davon aus, daß es vom Standpunkt der Interessen der internationalen Sicherheit notwendig ist, den abhängigen Ländern so schnell wie möglich zur wahren nationalen Unabhängigkeit zu verhelfen. Durch ihre Prinzipienstrenge, ihre Einfachheit und Klarheit gewann diese Auffassung den Beifall breiter Kreise und die Unterstützung der fortschrittlichen Weltöffentlichkeit. Wie die amerikanische Presse vermerkte, hat die Stellungnahme der Sowjetunion in der Kolonialfrage ihr die moralische Führung auf der Konferenz gesichert.

Die gefaßten Beschlüsse tragen Kompromißcharakter. Die prinzipielle Anerkennung der Unabhängigkeit aller Völker als eines der Ziele der internationalen Organisation hat in der Satzung keinen genügend klaren Ausdruck gefunden. Dennoch spricht der erste Abschnitt der Satzung, der von den Zielen und Prinzipien der Organisation handelt, auch vom „Prinzip der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker“; er enthält ferner die Forderung nach einer internationalen Zusammenarbeit „zur Förderung und Entwicklung der Achtung vor den Menschenrechten und den grundlegenden Freiheiten für alle Rassen,

Geschlechter, Sprachen und Religionen ohne Unterschied“.

Nach langen Debatten nahm die Konferenz in die Satzung drei Abschnitte auf, in denen die Politik gegenüber den abhängigen und kolonialen Völkern speziell behandelt wird. Abschnitt XI mit der Überschrift „Deklaration über die Territorien ohne Selbstverwaltung“ setzt in Artikel 73 fest, daß Mitglieder der Vereinten Nationen, die die Verantwortung für die Verwaltung von Territorien tragen oder übernehmen, deren Bevölkerung noch nicht die volle Selbstverwaltung erlangt hat, es „als heilige Pflicht übernehmen, die Wohlfahrt der Bevölkerung dieser Territorien . . . maximal zu fördern“. Der gleiche Artikel verlangt, „unter gebührender Achtung für die Kultur der genannten Völker ihren politischen, ökonomischen und sozialen Fortschritt, ihren Fortschritt im Bildungswesen, ihre gerechte Behandlung und ihren Schutz gegen Mißbräuche zu gewährleisten. . .“, „die Selbstverwaltung zu entwickeln, die politischen Bestrebungen dieser Völker in gebührender Weise zu berücksichtigen und ihnen bei der progressiven Entwicklung ihrer freien politischen Institutionen zu helfen. . .“

Artikel 73 sieht ferner vor, daß dem Generalsekretär der internationalen Organisation statistische und andere Informationen übermittelt werden sollen betreffend die ökonomischen und sozialen Bedingungen sowie das Bildungswesen auf Territorien, für die Mitglieder der Organisation der Vereinten Nationen die Verantwortung tragen.

Abschnitt XII und XIII der Satzung behandeln die Organisation eines internationalen Vormundschaftssystems.

Der Gedanke der Schaffung eines derartigen Systems für die abhängigen Territorien ist nicht neu. Bekanntlich enthielt das Statut des nach dem ersten Weltkrieg geschaffenen Völkerbunds einen speziellen Artikel, der die Verwaltung der sogenannten Mandatsterritorien behandelte.

Die Prinzipien der internationalen Vormundschaft, wie sie in San Franzisko beschlossen wurden, sind jedoch ein bedeutender Fortschritt im Vergleich zum Mandatssystem des Völkerbunds. Der grundlegende Unterschied zwischen der in der Satzung der Vereinten Nationen vorgesehenen Vormundschaft und dem Mandatssystem besteht darin, daß die Vormundschaft vorübergehenden Charakter trägt und es sich zur Aufgabe macht, die fortschreitende Entwicklung der Bevölkerung der Vormundschaftsterritorien zu fördern „in der Richtung der Selbstverwaltung oder Unabhängigkeit, je nachdem, wie es in den spezifischen Verhältnissen des jeweiligen Territoriums und seiner Völker angezeigt erscheint, wobei der freie Willensausdruck dieser Völker zu

berücksichtigen ist“. Die Vormundschaft ist berufen, „die Achtung vor den Menschenrechten und den grundlegenden Freiheiten für alle Rassen, Geschlechter, Sprachen und Religionen ohne Unterschied zu fördern“.

Das Mandatssystem des Völkerbunds stellte sich keine solchen Aufgaben. Es unterschied drei Kategorien von Mandaten für die Verwaltung abhängiger Territorien, von denen nur bei der ersten (Mandate auf die von der Türkei losgetrennten arabischen Länder) die Mandatsverwaltung zeitweiligen Charakter tragen sollte, was den betreffenden Ländern in Zukunft die Selbstverwaltung oder Unabhängigkeit in Aussicht stellte. Während des zweiten Weltkrieges vermochten Syrien und der Libanon, ehemals französische Mandatsgebiete, nach langwierigem Kampf von dieser Aussicht Gebrauch zu machen. Bei der zweiten und dritten Kategorie von Mandaten fehlte selbst jede Andeutung, daß die Mandate nur vorübergehend bestehen sollten, wobei die dritte Kategorie direkt eine Eingliederung des Mandatsgebiets in das Territorium des Mandatars vorsieht.

Außer diesem Hauptunterschied hat das Vormundschaftssystem noch eine Reihe anderer Vorzüge, von denen besonders die in der Satzung vorgesehene Kontrolle der internationalen Organisation über die Ausübung der Vormundschaft zu nennen ist. Abschnitt XIII der Satzung der Vereinten Nationen bestimmt die Struktur einer speziellen Körperschaft, des Vormundschaftsrats, in dem nicht nur die Länder vertreten sein sollen, die Vormundschaftsterritorien verwalten, sondern auch eine paritätische Anzahl von Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, die keine Vormundschaftsterritorien verwalten. Es wird ferner vorgesehen, daß dem Vormundschaftsrat alle Mitglieder des Sicherheitsrats in irgendeiner Eigenschaft angehören sollen. Die internationale Organisation hat nicht nur das Recht, die von der verwaltenden Macht eingereichten Berichte über die Lage der Vormundschaftsterritorien zu erörtern, sondern auch Petitionen entgegenzunehmen und diese Territorien regelmäßig zu besuchen.

Dadurch wird die Möglichkeit eingeschränkt, die Macht irgendeines Staates oder einer Gruppe von Staaten über Vormundschaftsterritorium zu eigennützigen Zwecken einseitig auszunutzen. Die Satzung der Vereinten Nationen erachtet die Einteilung spezieller strategischer Bezirke auf Vormundschaftsterritorien für möglich, die jedoch ebenfalls unter der Kontrolle des Sicherheitsrats stehen sollen. Die Satzung sieht ferner vor, daß die Verwaltung über ein Vormundschaftsterritorium nicht nur von einem, sondern von mehreren Staaten oder gar von der Organisation der Vereinten Nationen als Ganzem ausgeübt werden

kann. Auf Grund entsprechender Abkommen können Territorien unter Vormundschaft gestellt werden, die gegenwärtig Mandatsländer sind, Territorien, die von feindlichen Staaten im Gefolge des zweiten Weltkriegs losgetrennt werden können, und schließlich auch Territorien, die von Staaten, die für ihre Verwaltung verantwortlich sind, freiwillig in das Vormundschaftssystem eingegliedert werden.

Unzweifelhaft ist das in der Satzung der Vereinten Nationen vorgesehene Vormundschaftssystem — wenn die verkündeten Prinzipien eingehalten werden — zum Unterschied vom Mandatssystem des Völkerbundes berufen, als einer der Hebel des politischen, ökonomischen und kulturellen Aufschwungs der in ihrer Entwicklung zurückgebliebenen abhängigen Völker eine große progressive Rolle zu spielen. Die Sowjetunion als Mitglied der Vereinten Nationen ist bereit, ihr Teil Verantwortung für die Inangasetzung des Vormundschaftsmechanismus in ebendieser Richtung zu tragen.

Anscheinend aber rufen gerade diese objektiv vorhandenen progressiven Möglichkeiten des internationalen Vormundschaftssystems Beunruhigung in denjenigen Kreisen hervor, die an einer Liquidierung oder irgendwelcher Einschränkung des Kolonialsystems oder des alten Mandatssystems durchaus nicht interessiert sind. Mitteilungen der Auslandspresse zufolge trat dies im Verlauf der Arbeit der in London zusammengetretenen Komitees der Vorbereitungskommission der Vereinten Nationen zutage. Das Komitee Nr. 4, das sich mit der Ausarbeitung der provisorischen Bestimmungen über das Verfahren des Vormundschaftsrats befaßte, mußte bei den Vertretern einiger Länder die Tendenz feststellen, von der Satzung der Vereinten Nationen abzuweichen. Es wurde der Vorschlag eingebracht, einen in der Satzung nicht vorgesehenen **provisorischen** Vormundschaftsrat zu bilden. Der Zweck dieses Vorschlages war augenscheinlich, die Bildung des ständigen Vormundschaftsrats mit seinen konkreten Funktionen hinauszuschieben und so den Mitgliedern der Vereinten Nationen, die Mandatare des Völkerbunds sind, eine Handhabe zu bieten, die Ausdehnung der Vormundschaft der internationalen Organisation auf ihre Mandatsterritorien zu vertagen. Ein gewisser Teil der amerikanischen Presse gibt der Meinung Ausdruck, daß man auch in den USA, die selbst keine Mandate haben, jetzt sehr darauf bedacht ist, die Ausdehnung der Vormundschaft auf die ehemaligen japanischen Mandatsinseln im Stillen Ozean zu verhindern. Es ist gewissen amerikanischen Kreisen sogar unerwünscht, daß diese Inseln als strategisches Gebiet bezeichnet werden,

da dies die Kontrolle des Sicherheitsrates nach sich ziehen würde. In amerikanischen Militärkreisen ist die Tendenz vorhanden, die Verwandlung der Mandatsinseln im Pazifischen Ozean in amerikanisches Territorium mit allen sich hieraus ergebenden Konsequenzen zu verlangen. Laut Mitteilung des Londoner Korrespondenten der Agentur Associated Press haben die Auseinandersetzungen in London anläßlich der Organisation des provisorischen Vormundschaftsrats

„in erster Linie die Frage betroffen, inwiefern die Sowjetunion an der Bestimmung der Zukunft dieser Inseln teilnehmen wird... Zuverlässigen Informationen zufolge suchen die englischen und amerikanischen Delegierten eine Formel, laut welcher die Sowjetunion im ständigen Vormundschaftsrat an einigen Arten der Vormundschaft teilnehmen wird, an anderen aber nicht.“

Es ist natürlich zweifelhaft, ob eine solche Formel gefunden werden kann, ohne den Boden der Satzung der Vereinten Nationen zu verlassen. Es ist anzunehmen, daß die Generalversammlung schon in ihrer ersten Sitzung die Aufmerksamkeit der vom Völkerbund eingesetzten Mandatarländer darauf lenken wird, daß laut Satzung der Vereinten Nationen die Mandatsterritorien möglichst schnell der Vormundschaft der internationalen Organisation unterstellt werden müssen, und damit der Anfang zu einer praktischen Verwirklichung der freiwillig von ihnen angenommenen Satzungsprinzipien gemacht werden muß.

Charakteristisch ist, daß der englische Delegierte im Komitee Nr. 4 zugunsten der Bildung eines provisorischen Vormundschaftsrates das Argument anführte, die Satzung der Vereinten Nationen habe bereits Unzulänglichkeiten offenbart, die „improvisierte“ Korrekturen erforderlich machten. Das Motiv der Unzulänglichkeit der eben erst von den vereinten Nationen ratifizierten Satzung klingt bekanntlich schon seit einiger Zeit höchst zudringlich aus den Reden und Presseäußerungen einiger Auslandskreise hervor. Das zeugt jedoch nur für die außergewöhnliche Zählebigkeit jener reaktionären Einflüsse, die sich auch während der Konferenz in San Franzisko geltend machten. Schon damals wurden unter der Flagge einer Kritik an den Grundprinzipien des Entwurfs der Satzung Versuche unternommen, die Zusammenarbeit der vereinten Nationen zu unterwühlen und die Schaffung eines wirksamen Hebels zur Organisation des Friedens und der Sicherheit der Völker zu vereiteln.

Schiebt man die Inkraftsetzung des internationalen Vormundschaftssystems auf oder geht man von den Grundprinzipien der Satzung der Vereinten Nationen durch „Improvisationen“ ab, so

kann sich das auf das Prestige der internationalen Organisation nur negativ auswirken und wird jedenfalls die Sicherung eines dauerhaften Friedens nicht fördern.

Das System der internationalen Vormundschaft ist natürlich nicht imstande, das akute Kolonialproblem restlos zu lösen. Die Vormundschaft bietet aber immerhin gewisse Möglichkeiten, die ausgenutzt werden können und müssen. Dies fordert auch die gespannte Situation, wie sie in den kolonialen und abhängigen Ländern unmittelbar nach dem Abschluß des zweiten Weltkrieges entstanden ist.

Der Befreiungskampf der friedliebenden Völker gegen den Faschismus und die führende Rolle der Sowjetunion in diesem Kampf haben zur Entlarvung der reaktionären Ideologie der nationalen, kolonialen und Rassenunterdrückung beigetragen. Der Zusammenbruch der wahnwitzigen deutschen Weltherrschaftsansprüche, der Zerfall des italienischen und japanischen Kolonialreiches haben den Aufschwung des Befreiungskampfes der Völker der abhängigen und kolonialen Länder gefördert.

Der Verlauf des zweiten Weltkrieges hat anschaulich gezeigt, daß das Kolonialregime sich nicht durch Festigkeit auszeichnet und durchaus nicht die Sicherheit der abhängigen Völker gegen eine Aggression von außen gewährleistet. Sowohl im Nahen wie im Fernen Osten hat die englische, französische und holländische Kolonialverwaltung völlige Unfähigkeit gezeigt, den deutschen und japanischen Okkupanten wirksamen Widerstand entgegenzusetzen. Die Bevölkerung dieser Länder blieb ihrem Schicksal überlassen. Die Kolonialmächte konnten sich nicht darauf verlassen, daß die Landesbevölkerung Initiative entwickeln, daß die abhängigen Völker sie unterstützen würden. In Indochina wurde die Bevölkerung sogar Zeuge der freiwilligen Kapitulation der französischen Behörden vor den Japanern. Dies war für das Prestige der Kolonialmächte in den Augen der von ihnen abhängigen Völker nicht gerade förderlich.

Wiederholt gaben während des zweiten Weltkrieges die europäischen Mutterländer das feierliche Versprechen ab, gleich nach Beendigung des Krieges denjenigen Kolonien Selbstverwal-

tung zu gewähren oder sie in den Status von Dominions zu erheben, die von den Truppen der Aggressoren besetzt oder unmittelbar von der Okkupation bedroht waren. Als der Krieg zu Ende war, wurden keinerlei praktische Schritte zur Einlösung dieser Versprechungen unternommen. Das mußte natürlich eine entsprechende Rückwirkung auf die Bevölkerung der Kolonien und abhängigen Länder haben.

Die Völker der abhängigen Länder wollen als Teilnehmer des gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus mit vollem Recht die Früchte des Sieges der demokratischen Koalition genießen. Das Ende der Kriegshandlungen in Europa setzte die Forderungen mehrerer arabischer Länder im Nahen Osten nach Aufhebung ihrer nicht gleichberechtigten Lage sowie der Abkommen mit den Kolonialmächten, die ihre nationale Souveränität schmälern, auf die Tagesordnung. Unmittelbar nach der Niederwerfung des japanischen Imperialismus wurde Südostasien zu einem Brandherd nationaler Befreiungskämpfe. Millionen von Annamiten und Indonesiern fordern ihre Unabhängigkeit. Diese Forderung stieß auf geharnischte Abwehr. Die Kolonialmächte beschritten den Weg der bewaffneten Intervention und der gewaltsamen blutigen Unterdrückung der Völker, die nach politischer und ökonomischer Selbständigkeit streben. Gegen die nationale Befreiungsbewegung der Völker Südostasiens wurden nicht nur englische, französische und holländische, sondern auch nicht entwaffnete japanische Truppen eingesetzt.

Es braucht nicht gesagt zu werden, daß dies sowohl dem Geist der Organisation der Vereinten Nationen als auch den allgemeinen Prinzipien, die ihrer Satzung zugrunde liegen, völlig zuwiderläuft.

Sollte die Verwirklichung der Prinzipien der Satzung der Vereinten Nationen, die sich auf die Vormundschaft beziehen und seinerzeit die schmeichelhafte Bezeichnung einer „Charte der menschlichen Freiheit“ erhielten, hinausgezögert werden, so könnte das bei den Völkern der abhängigen und kolonialen Länder nur tiefe Enttäuschung auslösen. Das gilt es vorzusehen und zu vermeiden.

Von Freiheit und Verantwortung der Presse *

N. BALTISKI

3. Die Schuld der internationalen Verleumder

IN LETZTER ZEIT sind in England und Amerika einige sehr namhafte Politiker mit Erklärungen hervorgetreten, in denen sie die Wichtigkeit freier Information für die internationale Zusammenarbeit hervorhoben. In der Tat, wenn die Informationen glaubwürdig und von reaktionären Tendenzen frei sind, so sind sie zweifellos nützlich für die Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen unter den Nationen. Wie aber, wenn sie falsch und tendenziös sind? Wenn sie direkt darauf gerichtet sind, die internationale Zusammenarbeit zu untergraben? Was dann?

Wie wäre es möglich, in einer ernsthaften Unterhaltung über die Freiheit der Nachrichtengebung die Frage der Garantien gegen die außerordentlich schädliche Praxis gefälschter internationaler Nachrichten mit Schweigen zu umgehen! Demgegenüber geben sich Leute, die schon kraft ihrer Stellung unbedingt Bescheid wissen über diese schädliche Praxis einiger Vertreter der Presse und der Nachrichtenagenturen, in ihren öffentlichen Ausführungen das Ansehen, als ob alle diese „Informatoren“ sich mit nichts anderem beschäftigten, als überall die reine Wahrheit zu suchen. Da erklärt man z. B., in allen Ländern bedürfe der Mann von der Straße unabhängiger Meldungen von Journalisten, die für diese Arbeit „gehörig ausgebildet“ sind. Natürlich, Ausbildung ist in jedem Beruf eine notwendige Sache. Wer aber gibt uns die Garantie, daß irgendein berufsmäßig ausgebildeter Korrespondent seiner Zeitung keine gefälschten Nachrichten schickt, wenn er weiß, daß sein Arbeitgeber von ihm tendenziöse Informationen erwartet, während ihm die unverfälschten Tatsachen solche Informationen unmöglich machen? Zeigt denn nicht die Erfahrung, daß viele Zeitungen und Nachrichtenagenturen solche wissentlich falschen Meldungen mit Vergnügen abdrucken, ohne auch nur daran zu denken, die Tatsachen nachzuprüfen?

Weshalb entziehen sich die Engländer und die Amerikaner, die die „internationale Pressefreiheit“ predigen, bisher hartnäckig der Erörterung dieser Seite der Frage? Kann man etwa annehmen, daß es von der Öffentlichkeit nicht beachtet wird, in wie grober Weise die Leser durch falsche Nachrichten irregeführt werden? In der letzten Zeit hat es ja sehr viele derartige Fälle gegeben.

In den von uns angeführten Fällen ließen sich die Lügenmärchen der Auslandspresse alle nicht anders erklären als durch das Bestreben, die friedliche, koordinierte Zusammenarbeit der vereinten Nationen zu untergraben. Da diese Frage besonders wichtig ist, so wollen wir uns noch einige weitere derartige Beispiele ansehen.

Da veröffentlichte der amerikanische „Daily Mirror“ die falsche Behauptung, der sowjetisch-französische Beistandsvertrag enthalte einen „Geheimartikel“, worin den Franzosen im Westen und der Sowjetunion im Osten Handlungsfreiheit eingeräumt werde. Man begreift unschwer, daß die Verbreitung dieser Falschmeldung nur das ganz bestimmte Ziel verfolgen konnte, in Amerika und England Argwohn gegen die Sowjetunion und Frankreich hervorzurufen.

Man könnte uns antworten, von einer Zeitung wie dem „Daily Mirror“, der zum Hearstkonzern gehört, könne man keine glaubwürdige Darstellung der Tatsachen erwarten, da es sich nicht um ein solides politisches Blatt handelt. Mag sein. Sehen wir uns jedoch ein so solides Organ wie die „New York Herald Tribune“ an. Diese Zeitung veröffentlichte am 15. August d. J. eine frei erfundene Meldung Murrows, des Londoner Korrespondenten der Columbia-Rundfunkgesellschaft, wonach offizielle Sowjetkreise der Meinung seien, zum Oberkommandierenden der verbündeten Besatzungskräfte in Japan müsse ein Vertreter der Roten Armee ernannt werden, und die Sowjetregierung habe diese Forderung auch bei der amerikanischen Regierung geltend gemacht. Glaubt man etwa, dieser Korrespondent habe nicht begriffen, daß seine Lügenmeldung den freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem amerikanischen Volk und dem Sowjetvolk Abbruch tat? Er wußte das natürlich ausgezeichnet. Nicht umsonst ist er „gehörig ausgebildet“. Wie aber will man erklären, daß eine so solide Zeitung das nicht begriff, oder, wenn sie es begriff, daß sie es aus irgendwelchen Gründen dennoch für notwendig hielt, einen so vergifteten Pfeil abzuschnellen?

Ein weiteres Beispiel. Vor kurzem fabrizierten einige besonders geriebene Gauner, die unter der Firma der französischen „Agence d'Éditions et de Presse“ ihr Wesen treiben, eine sensationelle Falschmeldung. Dieses Lügenmärchen erzählte von Anweisungen an den Sowjetbotschafter A. A. Gromyko, der an den Arbeiten der Vorbereitungskommission der Vereinten Nationen in

* Schluß. Vgl. Nr. 13 unserer Zeitschrift.

London teilnimmt. Die „Anweisungen“ sollten u. a. darin bestanden haben, sich einem neuen Zusammentreffen der „großen Drei“ zu widersetzen, die Aufhebung der Besetzung Deutschlands spätestens bis zum 31. Dezember 1948 vorzuschlagen und dafür einzutreten, daß im Fernen Osten eine Kontrollkommission nach dem Muster des in Deutschland bestehenden Kontrollrats geschaffen werde. Insgesamt bestanden die von A bis Z erfundenen „Anweisungen“ aus acht Punkten. Es ist jedermann klar, daß die erwähnte Agentur durch die Herstellung und Verbreitung dieser Fälschung die internationale Atmosphäre verpesteten und besonders die Beziehungen zwischen den drei Großmächten untergraben wollte. Aber gerade diese üble Tendenz gefiel einigen französischen Zeitungen („Paris Matin“ u. a.) derart, daß sie diese ausgesprochen verleumderische Meldung am 30. November d. J. ohne alle Gewissensbisse abdruckten.

In der polnischen Frage verbreiteten die reaktionären Zeitungen noch während des Krieges so viele Falschmeldungen, daß es ihnen in letzter Zeit schwerfiel, irgendwelche neue Nahrung zu saugen. Not macht jedoch auch den Verleumder erfinderisch, und der Warschauer Korrespondent der Agentur Associated Press, Larry Allen, meldete am 17. Oktober d. J. die „erneute Besetzung Polens durch die Rote Armee“. Die Agentur Mr. Coopers verbreitete dieses böswillige dumme Zeug in der ganzen Welt. Mit besonderer Freude wurde es von einigen Pariser Zeitungen aufgegriffen und weiter aufgebauscht. Am 18. Oktober schrieb Dominique Prado in der Zeitung „L'Aurore“ folgendes:

„Seit gestern ist Polen, das bisher ein fiktiver Staat war, faktisch eine sozialistische Sowjetrepublik geworden. Seit gestern weht die rote Fahne über Warschau, Krakau und 15 anderen Städten...“

Ihm sekundierte Charles Dumas, der im Zentralorgan der Sozialistischen Partei Frankreichs behauptete: „Es handelt sich um die Besetzung aller wichtigen Provinzstädte Polens durch die Rote Armee...“

Ein paar Tage später gaben die Verleumder diese ganze faustdicke Lüge von der „erneuten Besetzung Polens“ stillschweigend auf und machten sich wieder an ihre gewöhnlichen kleinen Falschmeldungen. Da sollte die Sowjetunion in Polen die Waren der UNRRA beschlagnahmen, die Landwirtschaft ausplündern, das Vieh wegtreiben usw. Brant, der ehrliche Polenkorrespondent des „Chicago Sun“, war über diese endlosen Lügen so empört, daß er am 17. November offen bekannte:

„Diese Anschuldigungen werden nur außerhalb Polens erhoben. Selbst die schärfsten Kritiker der

Sowjetunion in Polen erheben derartige Anschuldigungen nicht. Diese Falschheit ist besonders gemeingefährlich, da das Ergebnis nur sein wird, daß die Polen Hunger leiden werden, wenn die UNRRA ihre Lieferungen an Polen einstellt oder vermindert.“

Die von Brant zum Ausdruck gebrachte Befürchtung ist durchaus berechtigt, besonders wenn man daran denkt, daß das Repräsentantenhaus der USA beschlossen hat, die Verwendung der UNRRA-Fonds in Ländern zu verbieten, in denen die Vertreter der amerikanischen Presse keine unbeschränkte Handlungsfreiheit genießen.

Unsere Leser werden sich wahrscheinlich erinnern, daß Mr. Cooper, der Direktor der Agentur Associated Press, mit Vorliebe von der besonderen amerikanischen, von der der Sowjetunion verschiedenen Konzeption der Pressefreiheit spricht. Es ist jedoch schwer zu glauben, daß die amerikanische Konzeption der Pressefreiheit die Freiheit der Verleumdung mit einschließt. Und wir lehnen es entschieden ab zu glauben, daß die Amerikaner wirklich für einen solchen Mißbrauch der Pressefreiheit eintreten. Wahrscheinlich stehen nur Mr. Cooper und seine Gesinnungsgenossen auf einem solchen Standpunkt. Sie verlangten unkontrollierte Handlungsfreiheit in Polen, und als ihre Vertreter in Polen eintrafen, da erhielt die weltweite Kundschaft der Agentur Associated Press aus Warschau „Neuigkeiten“ aufgetischt wie die Falschmeldung von der „erneuten Besetzung Polens durch die Rote Armee“ usw. Sie verlangten ferner unkontrollierte Handlungsfreiheit in den Balkanländern, und als ihre Vertreter auf dem Balkan eintrafen, da trug sich z. B. das Folgende zu.

Die Agentur Associated Press verbreitete am 22. Oktober d. J. eine Falschmeldung ihres Korrespondenten in Sofia, der von großen Manövern der Sowjettruppen an der bulgarisch-türkischen Grenze erfahren haben wollte. Es hatte dort natürlich keinerlei Manöver gegeben, aber die geschickte Fälschung der Agentur Associated Press wurde als „glaubwürdige Mitteilung“ Millionen von Lesern in Europa, Amerika und Australien zugeleitet. Sie gab vielen Zeitungen Anlaß zu beunruhigten Kommentaren über eine angeblich drohende „Sowjetaggression“ gegen die Türkei...

Ist es nicht klar, daß derartige Lügen und Verleumdungen als Mittel zur Vergiftung der internationalen Atmosphäre viel wirksamer und gefährlicher sein können als direkte Aufrufe zu einem „neuen Krieg“? Tatsache ist ja, daß die Völker heute mehr als jemals gegen einen neuen Krieg sind und voller Empörung auf derartige verbrecherische Aufrufe der profaschistischen Presse in Amerika und einzelner katholischer Zeitungen Englands reagieren. Wenn dann irgendein türkischer Yalçın die Angelsachsen dazu

auffordert, den Balkanvölkern Atombomben auf den Kopf zu werfen, oder wenn der englische faschistische General Fuller schreibt, der Krieg sei ein wesentliches Erfordernis für die Gesundheit der Zivilisation und man müsse deshalb, wo es keinen Feind gibt, einen solchen erfinden, so wendet sich die breite Öffentlichkeit von ihnen zweifellos ab, als seien sie vom Teufel besessen. Aus diesem Grunde gehen die umsichtigeren Wegbereiter der imperialistischen Politik heutzutage nicht so vor, sondern bemühen sich vorläufig, auf Umwegen die während des Krieges geschaffene Einheit der friedliebenden Nationen zu erschüttern und Schritt für Schritt den Boden vorzubereiten für die Entfesselung internationaler Konflikte.

Das darf nicht aus dem Auge gelassen werden, wenn wir die verborgene politische Absicht der schlaue gesponnenen „informativischen“ Falschmeldungen begreifen wollen, deren sich die Friedenssaboteure heute bedienen. Sie geben sich den Anschein, als ob sie nicht das geringste einzuwenden hätten gegen die Idee des Friedens, und stellen sich als durchaus „objektive Beobachter“; sie hetzen angeblich niemand gegen jemand anders auf, sondern „informieren“ einfach die Öffentlichkeit. Dabei ist jedoch ein bestimmter Teil der von ihnen verbreiteten „Informationen“ falsch, wenn auch nicht absurd falsch — es sind dies vielmehr hochpolitische Verleumdungen, die auf ein leichtgläubiges Publikum stärker wirken als jede Hetze.

Die schlauesten unter den Falschmeldern sind ständig bestrebt, ihre neueste Verleumdung mit den aktuellen Fragen in Beziehung zu bringen, die beim Publikum gerade das lebhafteste Interesse finden. In dieser Hinsicht ist es kennzeichnend, daß in letzter Zeit sogar eine neue Spielart der politischen Verleumdung auftaucht, die man „Atomverleumdung“ nennen könnte. Da veröffentlichte die „Washington Post“ Anfang September eine frei erfundene Meldung, die besagte, die Sowjetregierung habe vor drei Jahren die Aktien der Urangruben in Kanada aufgekauft, weshalb die kanadische Regierung diese Gruben nationalisiert habe. Die französische „Epoque“ veröffentlichte am 16. November ihrerseits eine Meldung, wonach der bekannte französische Gelehrte Joliot-Curie, ein Atomkernforscher, auf Einladung der russischen Regierung in einem russischen Flugzeug nach Moskau abgereist sei. „Diese Reise“, zwinkerte die Zeitung vielsagend, „wird in London wie in Washington aufmerksam verfolgt...“ Der französische Minister für Volksaufklärung mußte öffentlich bekanntgeben, daß Joliot-Curie, entgegen der angeblich „aus absolut zuverlässiger Quelle“ stammenden Information

der Zeitung „Epoque“, aus seinen vier Wänden nicht herausgekommen ist.

Angesichts solcher Tatsachen kann es als erwiesen gelten, daß ein Teil der Vertreter der Zeitungsunternehmen und großen Nachrichtenagenturen sich mit der Verbreitung verbrecherischer Verleumdungen befaßt, die einerseits gegen die Sicherheit einzelner Staaten und Völker und andererseits gegen den allgemeinen Frieden gerichtet sind. Gerade hierin besteht die Hauptschuld der internationalen politischen Verleumder.

Fragt man nun, welche Länder am häufigsten von den internationalen Verleumdern als Zielscheibe auserselbst werden, so läßt sich ein bezeichnendes Zusammentreffen feststellen: es sind dieselben Länder, gegen die auch die unter der Flagge der „internationalen Pressefreiheit“ geführte Zeitungskampagne gerichtet ist. Es sind das nicht die Länder mit reaktionärem und faschistischem Regime wie Spanien, Portugal und andere Staaten, wo die Tätigkeit der ausländischen Korrespondenten von den Behörden aufs strengste kontrolliert wird. Man hat noch nicht gehört, daß die reaktionäre Presse Englands und Amerikas eine offizielle Einmischung gegen diese Länder gefordert hätte, um für die englischen und amerikanischen Korrespondenten besondere Privilegien zu erwirken. Nein, die Könige des englisch-amerikanischen Zeitungskapitals richten ihr ganzes Feuer gegen die Sowjetunion und die durch die Sowjettruppen vom Hitlerjoch befreiten demokratischen Länder. Auf sie werden die Bomben der politischen Verleumdung losgelassen, die die auf einen dauerhaften Frieden und internationale Sicherheit gerichteten gemeinsamen Bemühungen der Völker unterhöheln.

Darf aber eine solche „Handlungsfreiheit“ für die Zeitungsspiraterie, der das Schicksal der Völker gleichgültig ist, von der demokratischen Öffentlichkeit geduldet werden? Ist es nicht vielmehr an der Zeit, gesetzlich verankerte Garantien zu fordern, die geeignet wären, die Freveltäter an die Kandare zu nehmen, die in der Presse mit der vergifteten Waffe der politischen Verleumdung gegen andere Völker und gegen die internationale Zusammenarbeit der friedliebenden Nationen hantieren?

Es gilt doch schließlich, auch auf diesem Gebiet den bitteren Erfahrungen noch nicht weit zurückliegender Zeiten Rechnung zu tragen, insbesondere der Zeit, in der die faschistischen Aggressoren mit aller Macht die Entfesselung des zweiten Weltkrieges vorbereiteten. Haben sie sich denn nicht in ihrem politischen Kampf gegen die Schaffung einer Einheitsfront der kollektiven Sicherheit ständig der reaktionären Presse Englands, Frankreichs, Amerikas und einiger an-

derer Länder bedient? Es genügt nicht, bloß an die Verantwortung der Regierungen Chamberlains und Daladiers zu erinnern, die den Plänen und Erfolgen der faschistischen Aggressoren Vorschub leisteten. Es ist doch Tatsache, daß es die reaktionären Vertreter der Presse und der großen Nachrichtenagenturen waren, die bei der Bearbeitung der öffentlichen Meinung Englands, Frankreichs und Amerikas im Geiste des Münchener Kuhhandels die Hauptrolle spielten. Sie führten die Öffentlichkeit irre durch einschläfernde Meldungen wie etwa „Hitler spricht sich für den Frieden aus“. Sie verbreiteten in unzähligen Varianten ihre verleumderischen Behauptungen von irgendwelchen „aggressiven Plänen Rußlands“. Dafür wurde jeder Aufruf zum Widerstand gegen die Ansprüche Hitlerdeutschlands, wie er z. B. von der Volksfront in Frankreich ausging, von den gleichen Herren verleumderisch als „Kriegsbrandstiftung“ hingestellt.

Eine derartige tendenziöse Bearbeitung der öffentlichen Meinung durch berufsmäßige Falschmelder paralyisierte damals in Westeuropa die aktive Gegenwehr der demokratischen Kreise im Kampf für die Aufrechterhaltung des Friedens. Diese Erfahrung ist den Völkern Europas zu teuer zu stehen gekommen, als daß sie eine Wiederholung zulassen könnten.

Ist ein Übel jedoch nicht mehr zu ertragen, so ist es an der Zeit, sich nach einem wirksamen Gegenmittel umzusehen.

4. Wer die Freiheit will, darf die Verantwortung nicht scheuen

Welche Mittel sind überhaupt denkbar, um die verbrecherischen Ausfälle einzelner Presseorgane oder Nachrichtenagenturen in verschiedenen Ländern zu vereiteln?

Lord Robert Cecil sprach in einer Völkerbundsversammlung einmal davon, daß es wünschenswert wäre, sich der **Mitarbeit** der Zeitungen „sowohl bei der Unterstützung friedlicher Maßnahmen als auch bei der Verhinderung falscher und schädlicher Mitteilungen“ zu versichern. Er erwähnte jedoch mit keinem Wort, wie man Zeitungen für eine solche Mitarbeit gewinnen kann, die an diesen Zielen durchaus nicht mitarbeiten wollen. Das ist doch ebenso unmöglich, wie wenn man zwei Glatzköpfe mit den Haaren aneinanderbinden wollte. Wohl aus diesem Grunde nahm niemand den naiven Vorschlag Lord Robert Cecils ernst. Man wird sich doch nicht selbst an der Nase herumführen.

Ein anderes Mittel, für das man in Amerika zuweilen die Reklametrommel rührt, ist die Abfassung von „**Richtlinien der journalistischen Ethik**“. Da schlug zum Beispiel R. Valeur, der

Leiter des französischen Pressedienstes in den USA, während des Krieges der Assoziation amerikanischer Zeitungsverleger vor, „einen Kodex der Ethik zusammenzustellen“. Es mußte ihm jedoch bekannt sein, daß sich in Amerika schon wiederholt müßige Leute gefunden haben, die derartige Kodizes verfaßten, und daß sie von allen mit einem Lächeln aufgenommen wurden. Selbst Hearst oder McCormick würden es schwerlich ablehnen, einen Eid auf beliebige „Richtlinien der Ethik“ zu leisten. Aber gerade das ist ein klarer Beweis, daß solche Regelbücher der Ethik in der Praxis sehr schnell aus einem Mittel des Selbstbetrugs zu einem Mittel, andere zu betrügen, werden würden.

Das dritte denkbare Mittel ist die **Zensur**. Kann man sie als ein geeignetes Mittel betrachten, um die verbrecherischen Ausfälle der internationalen „Informatoren“ zu vereiteln? Nein. Warum nicht? Schon deshalb, weil es angesichts verschiedener Staatensysteme keine einheitliche internationale Zensur geben kann. Ja, selbst innerhalb der einzelnen Staaten hat die Zensur eine negative Wirkung, sofern in diesen Staaten ein reaktionäres oder konservatives System herrscht.

Vom Standpunkt der wirklichen Demokratie läßt sich jedoch nicht **jede** Zensur verurteilen. Das tun nur jene falschen Demokraten, die den grundlegenden politischen Unterschied zwischen den beiden Hauptformen der Zensur vertuschen möchten. **Eine** Sache ist die Zensur unter einem reaktionären Regime; sie ist gegen die demokratischen Bestrebungen der Völker gerichtet und deshalb zu verurteilen. Eine andere Sache ist die Zensur unter einem fortschrittlichen, demokratischen Regime, die gegen die Lügenagitation der faschistischen Volksfeinde gerichtet ist; unter bestimmten Bedingungen ist sie für den Schutz der Demokratie notwendig und nützlich. Wenn aber die Handelsherren der Zeitungskonzerne „jede“ Regierungskontrolle über die Presse verurteilen, so verhehlen sie geflissentlich die Tatsache, daß sie selber — die Verleger und ihre Vertreter in den Redaktionen — über ihre Zeitungen eine allseitige Privatkontrolle ausüben, die in der Regel um nichts besser ist als eine reaktionäre Regierungskontrolle.

Die beste Kontrolle über die Presse wäre in den bürgerlichen Ländern zweifellos eine gut organisierte Kontrolle durch die Organisationen der demokratischen Öffentlichkeit. Solange jedoch die fortschrittlichen, demokratischen Organisationen in einem großen Teil der Welt noch keinen bedeutenden Einfluß auf die Presse ausüben und solange die einflußreichen Zeitungen privater Besitzer es sich erlauben, alle möglichen giftigen Verleumdungen zu verbreiten, die für den

Frieden und die Zusammenarbeit der Völker schädlich sind, solange haben alle Länder der fortschrittlichen Demokratie und vor allem unser Sowjetland das volle Recht und jegliche Veranlassung, ihre Trinkwasserbehälter durch das Filter der Zensur gegen eine derart schädliche Verschmutzung zu schützen.

Wenn jedoch eine demokratische Zensur in internationalem Maßstab unmöglich ist, so gibt es vielleicht ein anderes Mittel, um wenigstens die gemeinsten Anschläge der internationalen Falschmelder auf den allgemeinen Frieden und die Sicherheit der friedliebenden Völker zu vereiteln. Meiner persönlichen Meinung nach könnte die gerichtliche Verantwortung für derartige Anschläge zu einem solchen Mittel werden. Um die Sache nicht unnütz zu komplizieren, müßte man, glaube ich, sich auf die Festnagelung eines Minimums von international gefährlichen Zeitungsverbrechen beschränken, die gerichtlicher Verfolgung unterliegen würden, z. B. die beiden folgenden:

- a) systematische Kriegshetze;
- b) politische Verleumdung irgendeines friedliebenden Staates durch Verbreitung wissentlich falscher Insinuationen über die Tätigkeit des betreffenden Staates.

Heute ist durch das Abkommen der Großmächte bereits der Anfang damit gemacht, die Kriegsbrandstifter gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen. Dies läßt in gewissem Maße hoffen, daß es möglich wäre, eine gerichtliche Verantwortung für die systematische Kriegshetze durch die allzu hemmungslosen Organe der profaschistischen Presse festzulegen. Ist doch eine solche Pressehetze stets und ständig eine der Hauptmethoden der Kriegsbrandstifter bei der politischen Vorbereitung des Bodens für eine Aggression.

Bekanntlich wird die Verleumdung einer Person, wenn sie das Vertrauen der Gesellschaft zu dem Betreffenden zu erschüttern droht, in den meisten Ländern gesetzlich bestraft. Ist es aber nicht tausendmal wichtiger, danach zu streben, die Verleumdung eines friedliebenden Volkes oder Staates zu unterbinden? Das gebieten die Ehre und die Sicherheit ganzer Nationen und gleichzeitig das gemeinsame Interesse aller Nationen, das gebietet die Sorge für die Sicherung und Festigung des Weltfriedens.

Man begreift, daß es in diesem Zusammenhang, wo es sich zunächst nur um die prinzipielle Fragestellung handelt, nicht vonnöten ist, die hierbei auftauchenden juristischen Probleme zu untersuchen, die eine solche fortschrittliche Entwicklung des Völkerrechts und der internationalen Ge-

richtsbarkeit betreffen. Jedenfalls handelt es sich hier darum, die entsprechenden Klagesachen der Jurisdiktion eines bestimmten internationalen Gerichtsorgans zu unterbreiten, das seine Tätigkeit auf der Grundlage einer besonderen internationalen Konvention ausüben würde. Da man mit der Möglichkeit rechnen muß, daß es vielen Staaten wegen des starken Widerstandes einer einflußreichen Presse nicht leicht fallen würde, auf eine obligatorische Verfolgung aller derartigen Angelegenheiten im Wege der internationalen Gerichtsbarkeit einzugehen, so wird man sich möglicherweise für den Anfang darauf zu beschränken haben, daß der internationale Gerichtshof die Kompetenz erhält, sich mit den Anklagen nur gegen die Vertreter derjenigen Zeitungen und Nachrichtenagenturen zu befassen, die auf das Recht prätendieren, in den anderen Ländern unkontrolliert arbeiten zu dürfen.

Welche prinzipiellen Einwände könnten dagegen erhoben werden, eine Verantwortung für die schlimmsten Arten des Mißbrauchs der internationalen Pressefreiheit festzulegen? Die freie politische Kritik soll ja nicht im mindesten beeinträchtigt werden. In dieser Beziehung kann auch Mr. Cummings ganz beruhigt sein, der im englischen „News Chronicle“ mit erhobener Stimme eintritt für das „Recht, in Wort und Schrift jede beliebige Regierung zu kritisieren“. Aber bitte sehr, meine Herren, kritisieren Sie doch! Nur hüten Sie sich vor **Verleumdung**, d. h. vor der Verbreitung wissentlich falscher Insinuationen über fremde Staaten und ihre Regierungen. Nur für Verleumdung schlage ich gerichtliche Verfolgung vor, nicht für Kritik. Was nun die stolze Erklärung Mr. Cummings' betrifft, wonach „wir in den westlichen Demokratien der Regierung nicht das Recht zubilligen, darüber zu entscheiden, was böswillig ist und was nicht“, so können wir, die Bürger der östlichen Demokratien, unserer bescheidenen Gewohnheit entsprechend antworten: wie Sie wollen, meine Herren, möge das unparteiischste internationale Gericht entscheiden über die Gut- oder Böswilligkeit Ihrer Taten.

Mr. Kent Cooper, der Direktor der Associated Press, verlangt bekanntlich den Abschluß internationaler Vereinbarungen über die Ausstattung der Auslandskorrespondenten mit diplomatischen Privilegien und die Einräumung voller Handlungsfreiheit, einschließlich des Rechtes, sich aller Nachrichtenmittel zu niedrigen Tarifen zu bedienen usw. Selbst Mr. Bailey, der Direktor der Agentur United Press, widerspricht so weitgehenden Forderungen und ist der Meinung, daß Mr. Cooper das Gefühl für die Realität verloren hat. Wir wollen uns nicht in den Streit der Amerikaner

einmischen, möchten jedoch Mr. Cooper fragen, ob er bereit ist, als Gegenleistung für die garantierte Informationsfreiheit in den europäischen Ländern sich der Jurisdiktion des internationalen Gerichtshofs zu unterstellen, falls gegen seine Agentur begründete Anklage erhoben wird wegen Verleumdung eines friedliebenden Staates. Ja oder nein? Wenn ja, so brauchen wir nur zu hoffen, daß der Gerichtshof gerecht und genügend strenge sein wird.

Ich hege jedoch starke Befürchtungen, daß Mr. Cooper die Notwendigkeit, eine internationale gerichtliche Verantwortung für politische Verleumdungen festzulegen, nicht freiwillig anerkennen, sondern diesen Vorschlag als eine „Bedrohung der Pressefreiheit“ bezeichnen wird. Hat er doch vor nicht langer Zeit behauptet, daß selbst die amerikanische Regierung, als sie gegen die Agentur Associated Press ein Gerichtsverfahren anstrebte wegen ungesetzlicher Monopolisierung des Nachrichtenwesens, die „Pressefreiheit bedroht“. Mr. Cooper gehört offenbar zu der Kategorie von Handelsherren, die alle Einkünfte aus dem Geschäft für sich in Anspruch nehmen, für ein Risiko oder Verluste aber keine Verantwortung übernehmen wollen...

Gerade das ist jedoch nicht richtig. Besonders im Zeitungs- und Nachrichtenwesen ist es ange-

bracht, für das gerechte Prinzip einzutreten: kein Privilegium ohne Verantwortung! Wer die Freiheit will, muß sich für den Mißbrauch der Freiheit verantworten! Das gilt natürlich nicht nur für die Korrespondenten, sondern vor allem auch für die Direktoren und Besitzer der Zeitungs- und Nachrichtenunternehmungen. Wir haben nichts gegen niedrige Telegraphentarife, sofern nur eine hohe Verantwortung festgelegt wird für politische Verleumdung und systematische Kriegshetze.

Zu den Versicherungen Mr. Chancellors, daß die von ihm geleitete Reuteragentur keine englischen Informationen liefere, sondern „eine internationale Ware“, erlauben wir uns zu bemerken, daß eine solche Verleugnung seiner Nation unserer Meinung nach von niemand verlangt wird. Mr. Chancellor täte besser, mit offenem Visier in die Arena zu reiten und seine bekannte englische Ware zu liefern — aber nur keine Ware von der Qualität der Sensationsmeldung über die angebliche Aussiedlung von Millionen Deutschen aus der sowjetischen Besatzungszone. Man kann sehr wohl ein guter Engländer sein und doch gleichzeitig anderen das edle Bestreben zubilligen, das in der Deklaration der Krimkonferenz so richtig charakterisiert wurde als „höchstes Bestreben der Menschheit“, das Streben nach einem dauerhaften und anhaltenden Frieden.

Neue Energetik und alte Illusionen

M. RUBINSTEIN

NOCH WÄHREND DES KRIEGES, im März 1944, fand in Neuyork eine Konferenz statt unter dem Motto: „Der Ingenieur in der Nachkriegswelt“. Hier hielt John J. O'Neill, Redakteur der wissenschaftlichen Sparte der „New York Herald Tribune“, ein Referat über „Die praktischen Folgen einer wohlfeilen Energieversorgung“. Der Referent behandelte die Aussichten einer friedlichen Verwendung der Atomenergie, obgleich er aus begreiflichen Gründen keinerlei technische Angaben machte und für die Atomenergie sogar den Ausdruck „neue Superenergie“ verwendete. Einige Thesen seines Referats sind zweifellos von Interesse, da sie die Stimmungen eines Teils der Vertreter von Wissenschaft und Technik in den USA widerspiegeln.

O'Neill führte aus, die Menschheit stehe heutzutage an der Schwelle einer neuen Ära in der Entwicklung der Technik. Diese neue Ära sei durch die Erschließung einer neuen Energiequelle eingeleitet worden. Aus der gewichtsmäßig gleichen Substanzmenge werde man in verhältnismäßig naher Zukunft millionenmal soviel Energie gewinnen können wie heutzutage bei der Verbrennung der Kohle. Der Referent versuchte, den Schleier dieser nahen Zukunft zu lüften und ein Gesamtbild der Folgen zu entwerfen, die die Erschließung der Atomenergie für die Produktion und das praktische Leben nach sich ziehen wird.

Die zur Verfügung stehende Energiefülle werde es ermöglichen, die Arbeit bedeutend produktiver und zugleich leichter und angenehmer zu

machen. Gleichzeitig könnten die Bedingungen des häuslichen Lebens bedeutend verbessert werden, das von den Schwierigkeiten der Brennstoffversorgung befreit wird. Die Häuser würden mit Elektrizität im Winter geheizt und im Sommer gekühlt werden. Eine endlose Menge von neuen Vorrichtungen werde die Arbeit der Hausfrauen, die so viel Zeit und Kräfte kostet, erleichtern und teilweise überflüssig machen. Die neue Energie werde es erlauben, zu niedrigem Preis neue Baustoffe zu gewinnen und neue Häusertypen zu schaffen.

Industrie und Landwirtschaft würden allmählich auf die neue Energie umgestellt werden und zu einer auf ihrer Grundlage geschaffenen neuen Technik übergehen. Neue Industriezweige, die wegen der hohen Energiekosten früher nicht hochkommen konnten, würden großzügig entwickelt werden. Auf der anderen Seite würden manche Produktionszweige einschrumpfen und schließlich ganz absterben. Die Nachfrage nach Kohle z. B. werde sich stark vermindern, da man Kohle nicht mehr als Brennstoff, sondern nur noch für chemische Prozesse und im Hüttenwesen verwenden werde. Im übrigen werde die Verwendung der Kohle selbst im Hüttenwesen stark eingeschränkt werden, da sich die Elektrometallurgie rasch entwickeln werde. Die Erdölindustrie werde völlig rekonstruiert werden. Die Nachfrage nach Benzin und Petroleum zu Brennstoffzwecken werde aufhören und die gesamten Erzeugnisse der Erdölindustrie würden als Rohstoff der chemischen Industrie dienen. Bedeutende Erdölmengen würden für die Erzeugung von synthetischem Kautschuk und vieler tausend anderer synthetischer Produkte verwendet werden. Die Kraftwagen würden mit der neuen Energie betrieben werden, deren Generator bei der Herstellung des Wagens für seine ganze Lebensdauer eingebaut werde. Benzinbehälter und Kühler würden überflüssig. Die Zehntausende von Tankstellen, die heute die Straßen Amerikas umsäumen, würden verschwinden.

Die Energie wird nach der Meinung O'Neills sehr billig und vielleicht fast umsonst zu haben sein. Auf jeden Fall werde man gegen einen geringen festen Preis, einen Bruchteil dessen, was man heute für unbedeutende Strommengen zu zahlen hat, unbegrenzte Energiemengen für die Betriebe, Kontore und Wohnhäuser beziehen können, ebenso wie man heutzutage in vielen Städten für einen geringen festen Betrag unbegrenzte Wassermengen verbrauchen kann. Der Arbeitsaufwand in den fast völlig automatisierten Kraftwerken werde verschwindend gering sein. Auch die Notwendigkeit, eine große Armee von Angestellten zu unterhalten, die über den Verbrauch des einzelnen Buch führen, werde

wegfallen. Welche Entwicklung alle Zweige der Technik auf dieser Grundlage nehmen würden, könne man sich heute kaum vorstellen. Jedenfalls werde die Tendenz zur Schaffung elektrischer „Roboter“ noch beschleunigt werden, die die verschiedenartigsten Produktionsprozesse automatisieren und den Bedarf an Bedienungspersonal immer mehr einschränken.

So stellt O'Neill die wichtigsten technischen Folgen dar, die sich aus der Erschließung der unbegrenzten Hilfsquellen der Atomenergie ergeben. Angesichts des heutigen Entwicklungs tempos in Wissenschaft und Technik haben wir keinen Anlaß, das entworfen Bild für unrealisierbar zu erklären. Aber selbst wenn O'Neill der Entwicklung vorausgeeilt sein sollte und seine Phantasie hätte spielen lassen, bliebe zu bedenken, daß Phantasie nicht nur dem Dichter ziemt, sondern selbst in der Mathematik, erst recht also in der Technik notwendig ist.

Heute, wo man die Ergebnisse der Atomforschung bereits kennt, lassen viele ernste Gelehrte, Staatsmänner und Vertreter der Öffentlichkeit ihrer Phantasie auf diesem Gebiet freien Lauf. So organisierte ein „Unabhängiges Bürgerkomitee der künstlerischen und wissenschaftlichen Berufe“ am 4. Dezember d. J. im Neuyorker Madison Square Garden ein von 20 000 Personen besuchtes Meeting, das Fragen der Atomenergie und der Außenpolitik gewidmet war. Der englische Biologe Huxley sprach hier von allerlei Möglichkeiten für eine friedliche Verwendung der Atomenergie. Man könne durch großzügige Verwendung künstlicher radioaktiver Substanzen in verschiedenen Zweigen der Medizin und der Biologie eine Umwälzung herbeiführen. Zu Sprengungsarbeiten nicht nur bei der Anlage von Staudämmen und dem Bau von Kanälen, sondern auch zur allmählichen Zerstörung der arktischen Eismassen lasse sich ein „Atomdynamit“ verwenden, was das Klima vieler Gebiete entscheidend beeinflussen würde. Schließlich könne man mit Hilfe der Atomenergie Meerwasser in Süßwasser verwandeln und aus der Sahara und anderen Wüsten würden blühende Gärten werden.

Wallace, der Handelsminister der USA, führte in seiner Rede auf diesem Meeting aus, von der friedlichen Anwendung der Atomenergie werde zu wenig gesprochen. Die künftigen friedlichen Verwendungsmöglichkeiten könne noch niemand voraussagen, es gebe jedoch keinen Zweifel, daß die Atomenergie in Gegenden, denen es bisher an den erforderlichen Mengen Kohle, Erdöl und Wasserkraft fehlte, große Kraftanlagen treiben werde. So könnten, meinte Wallace, die sogenannten rückständigen Gebiete die Möglichkeit erhalten, das Zeitalter des Dampfes und der

Elektrizität zu überspringen und unvermittelt in die Epoche der Atomenergie einzutreten, wobei die arktischen und die tropischen Gebiete eine neue Bedeutung erhalten würden.

Ähnliche Perspektiven entwickelten auch andere Meetingsteilnehmer und zahlreiche Artikelschreiber in der Presse. Kennzeichnend ist jedoch, daß alle die Leute, die so großzügige Perspektiven entwerfen, ganz die Frage beiseitelassen, wie man solche grandiosen Projekte im modernen Kapitalismus, der die „Überproduktion“ über alles fürchtet, verwirklichen kann, wer sie finanzieren und verwirklichen wird und zu welchen Folgen sie schließlich im Falle ihrer Verwirklichung führen würden. Hier versagte denn auch O'Neill. Darf man seine technischen Voraussichten nicht für utopisch halten, so steht es ganz anders mit den Versuchen O'Neills, aus den neuen technischen Entwicklungsperspektiven ökonomische und politische Schlußfolgerungen zu ziehen.

O'Neill sieht voraus, daß die auf Basis der neuen Energiewirtschaft zu erwartenden technischen Umwälzungen zu einem sprunghaften Anschwellen der „technologischen Arbeitslosigkeit“ führen werden, daß Millionen von Bergarbeitern, Erdölarbeitern, Angestellten des Benzinverteilungsnetzes sowie Massen von Arbeitern, die sich durch die wachsende Automatisierung aus der Produktion verdrängt sehen, „zum alten Eisen geworfen“ werden. Er ist der Auffassung, daß

„die Faktoren, die zu Schlangen vor den Bäckerläden während des ersten Weltkrieges, zu den finanziellen Zusammenbrüchen der zwanziger Jahre, zur Depression der dreißiger Jahre und zu den Kriegen der vierziger Jahre geführt haben, sich in der Nachkriegsära bedeutend verstärken werden“.

Angesichts einer derartigen Prognose fordert er zwecks konstruktiver Ausnutzung der bisher zu Zerstörungen verwendeten Kräfte die Schaffung einer „neuen Wirtschaftsstruktur“ und empfiehlt das Rezept „einer planmäßigen Ingenieurzivilisation“. Diese Ordnung müßten, meint er, die USA einführen, „ohne auf den Ausgang der gegenwärtigen internationalen Unordnung zu achten“. Was er auf den Schild hebt, ist im Grunde eine eigenartige, nämlich technische Neuauflage des Isolationismus. Die „planmäßige Ingenieurzivilisation“, die O'Neill als Allheilmittel gegen die Übel vorschlägt, die durch die Erschließung der Atomenergie hervorgerufen werden, soll sich auf zwei Klassen stützen: die Klasse der Produzenten (producer) und der „Progressoren“, zu denen er die Wissenschaftler und die Techniker rechnet. Nur die „Progressoren“ treiben seiner Meinung nach den technischen und jeden anderen Fortschritt der Gesellschaft

vorwärts, obgleich sie, wie er bemerkt, gegenwärtig nur von philanthropischen Almosen leben. Er schlägt vor, die Arbeiter, die durch die Entwicklung des technischen Fortschritts überflüssig werden (und das sei annähernd die Hälfte der heutigen Arbeitskräfte), nicht zu entlassen, sondern sie an der Arbeitsstelle zu behalten, ihnen nur die halbe aufgewandte Arbeitszeit zu bezahlen, während die zweite Hälfte dazu dienen soll, den Unterhalt der „Progressoren“, die die Wissenschaft, die Technik und die Kultur vorwärtsbringen, zu bestreiten. Diese eigenartige Verteilung des Nationaleinkommens soll verwirklicht werden auf Grund einer Aufrechterhaltung der „privaten Unternehmerinitiative“ und der „demokratischen Selbstverwaltung“ beider Gruppen bei minimaler Regierungsaufsicht über die Nichtverletzung der „demokratischen Prinzipien“. Durch dieses wundertätige Rezept will O'Neill „automatisch eine ununterbrochene Prosperität sicherstellen“, die internationale Lage grundlegend ändern und Kriege für immer beseitigen.

Soweit der Plan O'Neills. Er verdient Aufmerksamkeit natürlich nicht unter dem Gesichtswinkel seiner realen Verwirklichungsmöglichkeiten, denn sie sind zweifellos gleich Null. Interesse bietet er, weil er zeigt, wie sehr das Denken der Techniker sich in den Greifzangen unlösbarer Widersprüche windet, wenn es versucht, einen eigenen, besonderen Weg zu finden, um aus der Lage herauszukommen, die durch die Aussichten eines grandiosen Anwachsens der Produktivkräfte der modernen Gesellschaft geschaffen wird.

Es ist kennzeichnend, daß man in der „neuen Wirtschaftsstruktur“ O'Neills sehr wenig Neues findet. Ihrem Geiste nach steht sie jener eigenartigen ökonomischen Konzeption sehr nahe, mit der mitten im Toben der Weltwirtschaftskrise von 1929—1933 eine kleine Gruppe arbeitsloser New Yorker Ingenieure auftrat. Unter der Führung eines gewissen Howard Scott führte diese Gruppe (mit den Mitteln irgendeines Wohltätigkeitsfonds) an der Ingenieur fakultät der Columbia-Universität eine Forschungsarbeit über das Thema „Kraftwirtschaftsrundschau von Nordamerika“ durch. Diese Konzeption, die dann als „Technokratie“ bekannt wurde, war damals Gegenstand einer sehr lärmenden, aber kurzlebigen Reklame in der amerikanischen und dann auch in der europäischen Presse. Sie war ein chaotisches Gemisch aus Fetzen schon längst vom Leben widerlegter Wirtschaftstheorien (hauptsächlich von Ideen des amerikanischen Nationalökonomen Veblen), pseudowissenschaftlicher Gedankengänge und reklamehafter Losungen. Längst vergessen sind die Räsonnements der Technokraten über die Not-

wendigkeit, das Wertsystem „abzuschaffen“ und an seiner Stelle eine universelle „Energieeinheit“ einzuführen — eine Art „elektrischen Dollar“, der vom Markt und von den Schwankungen der Nachfrage und des Angebots unabhängig wäre. Vergessen sind auch die anderen Quacksalberrezepte der Technokraten. Ihre politischen Schlußfolgerungen liefen auf die Notwendigkeit hinaus, die Leitung der Wirtschaft in die Hände kompetenter Ingenieure „zu legen“, die „die Produktion regulieren und den Bedarf, nicht aber den Profit berechnen“ würden, die die Technik in den Dienst der Menschheit stellen und das Menschengeschlecht dadurch vor der Katastrophe und dem Chaos retten würden, in das es durch die Entwicklung des technischen Fortschritts sonst unweigerlich hineingeführt werde.

Die Technokratie war eine kennzeichnende Widerspiegelung der Einwirkung, die die Krise auf einen Teil der Technikerkreise Amerikas ausübte. Diese sahen sich verstrickt in die Widersprüche der technischen und sozialökonomischen Entwicklung und suchten in albernem Utopien einen Ausweg aus der Sackgasse. Die lärmende Reklame der Technokraten ist verklungen, aber einzelne ihrer Flickideen kamen von Zeit zu Zeit im amerikanischen öffentlichen Leben wieder an die Oberfläche, besonders auf den Versammlungen der Ingenieurgesellschaften und in den sehr zahlreichen wissenschaftlichen und technischen Presseorganen der USA.

Die riesige Entwicklung und gesteigerte Bedeutung der Wissenschaft und Technik im letzten Krieg und besonders die Entdeckung der Möglichkeit, die Atomenergie zu erschließen, haben zu einer Wiederbelebung der technokratischen Illusionen geführt. Eine Wiedergeburt dieser Illusionen ist die „neue Wirtschaftsstruktur“ O'Neills. Die gleichen Illusionen figurieren in verschiedenen Varianten in den Äußerungen vieler amerikanischer Wissenschaftler und Ingenieure über die Atombombe. Die Hoffnungen der Technokraten auf die Errichtung der „Macht der Wissenschaft und der Technik“ als auf den einzigen Ausweg aus den Widersprüchen der Gegenwart werden neu belebt. Diese Gedankengänge werden von der Presse sowie von einzelnen Vertretern der kapitalistischen Monopole gern aufgegriffen und ausgewalzt. Diese versuchen, der Öffentlichkeit die Illusion einzuflößen, in den USA sei die „Macht der Wissenschaft und der Technik“, die Herrschaft des Ingenieurs in der modernen Gesellschaft ein bereits erreichtes Ziel.

Die Alltagserfahrungen zeigen jedoch, daß diese Illusionen die wirkliche Sachlage auf den Kopf stellen und die Wissenschaftler und Techniker Amerikas von den dringenden politischen Aufga-

ben der fortschrittlichen Öffentlichkeit ebenso ablenken wie die verbreitete Illusion, Wissenschaft und Technik seien politisch „neutral“.

Auf der eingangs erwähnten Konferenz hielt Professor Robert S. Lynd von der Columbia-Universität ein Referat über das Thema: „Ist die Technik politisch neutral?“ Diese Frage beantwortete der Referent mit einem kategorischen Nein. Er erklärte:

„Die Technik steckt heute bis an den Hals in der Politik. Die politischen Strömungen machen von der Technik Gebrauch — ob uns das nun gefällt oder nicht. Nur wer den Kopf in den Sand steckt, kann sich einbilden, sein technisches Können sei neutral.“

Lynd entwarf ein lebhaftes Bild von der Herrschaft der Monopole über alle Zweige der theoretischen und angewandten Forschung. Er zitierte die Schlußfolgerung des vom Senat eingesetzten „provisorischen nationalen Wirtschaftskomitees“, daß

„vielleicht keine der anderen grundlegenden Funktionen der ökonomischen Tätigkeit so vollständig von einigen gigantischen Konzernen beherrscht wird wie die Wissenschaft“.

Auf Grund umfassender Materialien des gleichen Senatskomitees zeigte Lynd weiter, wie „der legalisierte Krieg, der sich Konkurrenz der privaten Unternehmer nennt“, die wissenschaftlichen Entdeckungen und Erfindungen verstümmelt und wie die Monopole den Fortschritt der Technik sabotieren. Besonders erinnerte er an die Tatsache, daß der mächtige amerikanische Stahltrust im Laufe von Jahrzehnten verhinderte, daß im Hüttenwesen eine Anzahl höchst wichtiger neuer Prozesse eingeführt wurde, weil sie die von dem Trust in den alten Maschinenanlagen investierten Kapitalien zu entwerten drohten. Während des Krieges wurden diese Bremsen unter der Einwirkung der veränderten Absatzverhältnisse und der Kriegserfordernisse teilweise vorübergehend gelockert, jedoch durchaus nicht völlig beseitigt. Nach dem Kriege aber, meint Lynd, wird die Lösung „Business wie gewöhnlich“ unweigerlich hinauslaufen auf die volle Rückkehr zu diesen früheren Methoden, die Wissenschaft und Technik um der Profitinteressen willen zu unterdrücken.

Man kann Lynds Einschätzung pessimistisch nennen, jedoch nicht bestreiten, daß sie den Tatsachen entspricht. Wird eine so große Entdeckung wie die Atomenergie, deren industrielle Ausnutzung das fixe Kapital einer Anzahl mächtiger Monopole zu entwerten droht, dem Schicksal der zahlreichen Entdeckungen und Erfindungen entgegen, die von den Monopolen für viele Jahre „auf Eis“ gelegt wurden?

Um diese Frage zu beantworten, muß man wiederum aus der Welt der Illusionen in die Welt der Realitäten zurückkehren. Man kennt die großspurigen Erklärungen vieler Gelehrter und Politiker über die Notwendigkeit, die Atombomben „abzuschaffen“ und alle Anstrengungen auf die friedliche Erschließung der Atomenergie zu konzentrieren. Wie aber denkt man sich diese Erschließung? Kennzeichnend ist hier die Erklärung McKellars, des Vorsitzenden des Senats der USA. Er sagte:

„Wenn die Atomenergie industriellen Wert besitzt, so sollten die USA aus ihrer produktiven Verwendung maximalen Gewinn ziehen.“

Wer aber soll in den USA „maximale Profite“ aus der produktiven Verwendung der Atomenergie ziehen? Auf diese Frage gab der labouristische Captain Blackburn Antwort, der am 30. Oktober im englischen Unterhaus folgende Mitteilung machte:

„Die Riesenwerke im Staate Washington“ (die Materialien für die Atombomben herstellen. — M. R.) „werden (im Namen des amerikanischen Kriegsministeriums) von der Firma Dupont verwaltet, die bekanntlich Abkommen geschlossen hatte mit der „Imperial Chemical Industries Ltd.“ in England und der I. G. Farbenindustrie in Deutschland, und in diesen Abkommen ist vorgesehen, daß sie nach dem Krieg erneuert werden.“

Der Labourabgeordnete bemerkte, dieser Umstand sei natürlich nicht geeignet, die Gespanntheit der internationalen Beziehungen zu mildern. Man weiß recht gut, daß die Firma Dupont, die Standard Oil Company of New Jersey und einige andere amerikanische Monopole mit einem Sieg Hitlerdeutschlands im zweiten Weltkrieg gerechnet haben. Jetzt, wo diese Rechnung zunichte geworden ist, ist ihre Politik darauf gerichtet, die deutsche Kriegsindustrie zu retten und die internationalen Kartelle wiederherzustellen. Die führende Anteilnahme der Firma Dupont und anderer amerikanischer Monopole an der Erschließung der Atomenergie verheißt, wenn man von der langjährigen Praxis dieser Monopole ausgeht, am allerwenigsten eine rasche Entwicklung der friedlichen Verwendung der Atomenergie, da eine solche ihre fixen Kapitalien zu entwerten droht.

Auf dem weiter oben erwähnten Meeting in Madison Square Garden hat Frankenstein, der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaften der Automobilarbeiter der USA, daran erinnert, daß manche Vertreter der amerikanischen Geschäftskreise gerne bereit gewesen wären, ihren Kontrahenten in den faschistischen Ländern — Japan, Italien und Deutschland — geheime Informationen zuzuleiten über die Produktion von

Erdöl, Aluminium, Kautschuk und Chemikalien. Jetzt seien diese gleichen Kreise dafür, daß die Informationen über die Atomenergie geheimgehalten werden. Frankenstein fragte:

„Würden sie etwa ebenso um unser Geheimnis besorgt sein, wenn Italien, Deutschland und Japan nach wie vor unter faschistischer Kontrolle stünden?“

Frankenstein erklärte, daß die Arbeiter sich für die Fragen der Atomenergie sehr interessieren, da sie sich die Vorteile vorzustellen vermögen, die sich ergeben aus

„dem Antrieb von Maschinen, der Schaffung neuer Industriezweige und der Verbilligung, Erleichterung und Beschleunigung fast aller Produktionsprozesse. Sie begreifen, daß sie jetzt einer Zukunft für sich selbst und für alle Völker überhaupt entgegensehen können — einer Zukunft, frei von der Furcht vor Arbeitslosigkeit und Ausbeutung... Sie begreifen jedoch auch, daß die Anwendung der Atombombe als großer Knüppel zu Terrorismus führt, der nichts hervorbringt als Furcht, Unzufriedenheit und Ausbeutung ganzer Gruppen von Nationen und schließlich neue Kriege.“

Auch Wallace warnte in seiner Rede davor, den Schlüssel zur Atomenergie privilegierten Gruppen in die Hand zu geben, die hinter dem Vorhang des militärischen und industriellen Geheimnisses das neue Mittel anwenden würden, um die Völker der Welt dem Atomimperialismus zu unterwerfen.

Auf einer Konferenz über die Frage der Atomenergie, die im Dezember von der amerikanischen Zeitschrift „Nation“ einberufen wurde, führte Professor Harold Laski, der Vorsitzende der britischen Labour Party, folgendes aus:

„Die großen Investitionsinteressen des Kapitalismus suchen zu verhindern, daß die Sowjetunion das Geheimnis der Atomenergie erfährt. Dadurch rufen sie einen Argwohn hervor, der zu einem dritten Weltkrieg führen kann.“

Von der Sowjetunion sagte Laski:

„Es gibt nur ein Land, wo Wissenschaft und Technologie entwickelt werden können, ohne die Bildung der Menschheit zu opfern oder den Zusammenbruch der sozialen Wohlfahrt bzw. des Gemeinschaftsgeistes zu befürchten. Kennzeichnend ist, daß nur in der neuen Welt Rußlands die Geschäftemacher nicht mehr mitzählen. Kennzeichnend ist ferner, daß sich die Investitionsinteressen hauptsächlich darüber Sorgen machen, wie man das Geheimnis, das kein Geheimnis ist, Rußland gegenüber wahren kann.“

Kehren wir aber zu O'Neill zurück. Er erhofft eine kostenlose oder fast kostenlose Atomenergie. Die amerikanischen Monopole aber sind durchaus nicht gesonnen, auf ihre Profite zu verzichten. Es genügt, den erbitterten Kampf zu verfolgen, den heute die mächtigen Energietruste der USA gegen die Verwaltung der staatlichen

Wasserkraftwerke in den nordwestlichen Staaten (in Bonneville und Grand Coulee) führen, um sich davon zu überzeugen, daß eine billige Energieversorgung durchaus nicht im Interesse der Monopole liegt. Zum Schutze ihrer Profite und fixen Kapitalien sind sie bereit, den Fortschritt der Wissenschaft und der Technik mit allen Mitteln zu unterdrücken, aufzuhalten und auf Abwege zu bringen. Unter solchen Verhältnissen haben die zahlreichen Gelehrten, Ingenieure und Techniker, die an der Schaffung der Atombombe arbeiteten, gewichtigen Anlaß, sich ernstlich zu beunruhigen über das weitere Schicksal ihrer Entdeckungen und die Folgen, die sie der Menschheit bringen werden.

Als jedoch Tausende amerikanischer und englischer Gelehrter, die an der Erschließung der Atomenergie beteiligt waren, sich an die Regierungsorgane und an die Öffentlichkeit der demokratischen Länder wandten und ihrer Unruhe Ausdruck gaben, da wurden sie von einzelnen Staatsmännern angeschnauzt, „sich nicht in die Politik und die Staatsleitung einzumischen“. Der Schuster solle bei seinem Leisten bleiben...

O'Neill hat in der Beziehung recht, daß die Ausnutzung der unerschöpflichen Hilfsquellen der Atomenergie den Rahmen auch der mächtigsten Monopole bei weitem überschreitet. Die Verwendung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken verlangt in noch höherem Grade als die Elektrifizierung — und in enger Fühlungnahme mit dieser — planmäßige Wirtschaftsführung. Hier aber geht es selbstverständlich nicht um den verfehlten Plan der Technokratie, wonach die Gesellschaft eingeteilt wird in ein Häuflein auserwählter „Träger des Fortschritts“ und eine Masse von Fronarbeitern, deren einziger Beruf es ist, das Land mit

allem Notwendigen zu versorgen und die „Progressoren“ zu unterhalten. O'Neills Utopie ist nicht mehr als eine armselige Karikatur auf die Planwirtschaft. Diese Karikatur wird aber kaum die Idee der Volkswirtschaftsplanung, der planmäßigen Entwicklung der mächtigen modernen Produktivkräfte diskreditieren können.

In der heutigen Welt gibt es nämlich die praktischen Erfahrungen einer Planwirtschaft, die frei ist von den Hindernissen, wie sie die eigennützigen Interessen der Monopole der Entwicklung der Produktivkräfte in den Weg stellen. Die Fünfjahrpläne der Sowjetunion sind überall weithin bekannt, auch in den Kreisen der Techniker des Auslands. In diesen Fünfjahrplänen nehmen die Fragen der Wissenschaft und der Technik einen Ehrenplatz ein. Ein heimtückischer und starker Feind hat die Schöpferarbeit der Männer und Frauen des Sowjetlandes zeitweilig behindert und dem Sowjetland ungeheuren Schaden zugefügt. Die Sowjetunion führte einen Vernichtungskampf gegen die Hauptkräfte des Feindes und gab dadurch unseren Verbündeten die Möglichkeit, ihr kriegsindustrielles Potential zu mobilisieren. Jetzt aber, nach der Rückkehr zur friedlichen Aufbauarbeit, wird die schöpferische Tätigkeit des Sowjetvolkes wieder mit neuer Energie in Angriff genommen. Man begreift das Gefühl, mit dem in der Sowjetunion die Worte W. M. Molotows zum 28. Jahrestag des Bestehens des Sowjetstaates aufgenommen wurden: „Auch wir werden die Atomenergie haben, und noch vieles andere.“ In einem Volkswirtschaftssystem, das den Interessen der ganzen Gesellschaft dient, wird die friedliche Anwendung der hervorragenden neuen Schöpfungen der modernen Wissenschaft für die Vorwärtsentwicklung unabsehbare Perspektiven eröffnen.

Internationale Umschau

(Notizen)

DIE ERSTE RUNDE IM UNTERHAUS

Die englischen Wähler setzten große Hoffnungen auf das neue, im Juli d. J. gewählte Parlament und erwarteten von ihm wesentliche Veränderungen auf den wichtigsten Lebensgebieten. Etwas Neues erwarteten offenbar auch die Abgeordneten. Jedenfalls schrieb der englische Publizist Vernon Bartlett im August d. J.:

„Das neue Parlamentsmitglied kommt in den Westminsterpalast mit der Überzeugung, daß es geradezu auf die Umgestaltung der Welt zusteuert.“

Bald zeigte es sich jedoch, daß die Labouristen in der Außenpolitik keineswegs auf neue Wege versessen sind. Die konservative Opposition ist natürlich nicht abgeneigt, hin und wieder auch die außenpolitische Praxis der Labourregierung zu kritisieren (Anlässe dazu gibt es ja, wie Churchill bemerkte), in der Hauptsache sammelte sie aber Kräfte zu Angriffen an der Front der Innenpolitik. Hier erwarteten die Engländer die Hauptschlacht und die größten Sensationen.

Die Erwartungen sind nur zum Teil in Erfüllung gegangen.

Das Programm der Nationalisierung einiger Industriezweige, wie es von den Labouristen aufgestellt worden ist, bewegt sich durchaus im Rahmen der in England bestehenden Gesellschaftsordnung. Dennoch stieß dies bescheidene Programm auf eine höchst lärmende Reaktion bei den Verfechtern der „freien Privatinitiative“, die jede Einmischung des Staates in das Wirtschaftsleben „Sozialismus“ nennen.

Die Konservativen brachten ein Mißtrauensvotum ein. Es folgte ein Wortgefecht zwischen den Leadern der beiden Parteien.

Churchill eröffnete die Parlamentsschlacht mit der Erklärung, die Regierung sei „vom Geiste des Faschismus besessen“. Der Redner schilderte in düsteren Farben die „größte Katastrophe“, in die die jetzige Regierung England geführt habe. Er entsetzte sich besonders über den „düsteren Aasgeier der Nationalisierung“, der über den Hauptzweigen der Industrie kreise. Der frühere Premier setzte einzelnen „Doktrinären“ in der Regierung stark zu, besonders Bevan, dem Minister für Gesundheitswesen, der ein „fader Kerl“ und „Schwätzer“ genannt wurde. Das englische Volk habe, meinte Churchill, einen verhängnisvollen Fehler begangen, als es ein Parlament mit Labourmehrheit wählte. Jetzt

aber habe das Volk sich's überlegt und sei entschieden „gegen die Sozialisten“.

Die Labouristen blieben der konservativen Opposition die Antwort nicht schuldig. Sie spöttelten über die Anmaßung ihrer Gegner, im Namen „des Volkes“ zu sprechen, das seiner Stellungnahme zu den Konservativen in den Wahlen so unzweideutig Ausdruck gegeben habe. Premier Attlee erinnerte unter großer Heiterkeit des Hauses an die Zeiten, als Churchill noch Liberaler war, und erklärte: „Die Konservativen führen das Land in den Untergang“. Er erinnerte Churchill daran, daß ihm der Premierposten während des Krieges nicht durch die Konservative Partei, sondern durch die „Unterstützung der sozialistischen Doktrinären und Aasgeier“ gesichert worden sei. Attlee sagte, Churchill wolle die Rolle der „Primadonna“ spielen, für die alle anderen nur Choristen sein sollen.

Die Liebhaber von Wort- und Sportwettkämpfen im Lande der klassischen „westlichen Demokratie“ sind auf ihre Rechnung gekommen...

WORTE UND TATEN EINER SCHWEDISCHEN ZEITUNG

Bekanntlich hat der Beschluß der schwedischen Regierung, die internierten Angehörigen der Hitlerarmee an die Sowjetunion auszuliefern, in den reaktionären Kreisen des Landes großen Lärm verursacht. Es ist schwer zu sagen, was in diesem Lärm vorwiegt: der Wunsch, die schwedisch-sowjetischen Beziehungen zu komplizieren, oder das Bestreben, diesem Beschluß größere Bedeutung beizumessen, als ihm in Wirklichkeit zukommt. Zunächst ist nur klar, erstens, daß die Kampagne durchaus nicht spontan begonnen hat und weitere Kreise zieht, wie viele schwedische Zeitungen es darzustellen versuchen, und zweitens, daß der ganze Lärm einen ausgesprochen sowjetfeindlichen Charakter trägt. Es darf auch nicht übersehen werden, daß an dieser Kampagne nicht nur offene Reaktionäre und profaschistische Elemente teilnahmen, sondern auch viele Vertreter der schwedischen Öffentlichkeit, die gerne als Anhänger fortschrittlicher und selbst demokratischer Anschauungen gelten möchten.

Kennzeichnend in dieser Hinsicht ist die Stellungnahme der „Dagens Nyheter“. Diese Zeitung — eine der verbreitetsten in Schweden — ist

nicht nur aktiver Teilnehmer, sondern auch einer der Hauptinitiatoren der Kampagne zur Verteidigung der deutschen Militärs. Gerade „Dagens Nyheter“ verlangte für ihre Schützlinge das „Asylrecht“. Sie war es, die alle möglichen Obstruktionen in den Interniertenlagern förderte. Besonderen Erfindergeist zeigte das Blatt bei der Ausheckung sowjetfeindlicher Lügenmärchen.

Der Eifer dieser Zeitung verdient besondere Beachtung, weil ihr Chefredakteur vor kurzem Professor Herbert Tingsten geworden ist, der schon seit langem den zweifelhaften Ruf eines treuen Lakaien der Reaktion genießt. In den ersten Jahren des Hitlerabenteuers unterstützte er die Forderung der profaschistischen Elemente nach dem Ausschluß der kommunistischen Abgeordneten aus dem Riksdag und dem Verbot der Kommunistischen Partei. Vor dem völligen militärischen Zusammenbruch Deutschlands legte sich Tingsten bei einem Disput in Upsala für die Unvermeidlichkeit „eines künftigen Krieges gegen Rußland“ ins Zeug. Als die Frage der Organisation und der Arbeit der russischen Fakultät an der Stockholmer Universität aufgeworfen wurde, entfaltete Tingsten eine hemmungslose sowjetfeindliche Aktivität. Bedenkt man, daß „Dagens Nyheter“ dem Bonier-Konzern angehört, der mit dem Bankhaus Wallenberg in engster Verbindung steht, so leuchtet ein, daß die Besitzer der „Dagens Nyheter“ sehr wohl wußten, wen sie zum neuen Chefredakteur bestellten.

Der Wechsel in der Leitung der „Dagens Nyheter“ erfolgte gerade in der Zeit, als ein bedeutender Teil der schwedischen Presse die Tendenz bekundete, bei der Behandlung der schwedisch-sowjetischen Beziehungen seinen Ton zu ändern. Es ist noch nicht lange her, daß auch „Dagens Nyheter“ selbst für die Verbesserung und Erweiterung der schwedisch-sowjetischen Beziehungen eintrat. Die jetzige Stellungnahme der „Dagens Nyheter“ verfolgt aber offensichtlich ganz entgegengesetzte Ziele.

DEMOKRATISCHE GESTEN UND FASCHISTISCHE POGROME

Am 4. und 5. Dezember d. J. fanden in Istanbul und einigen anderen Städten der Türkei faschistische Demonstrationen statt. Haufen von Rowdys grölten antidemokratische Losungen auf den Straßen, demolierten die Redaktionen und Druckereien demokratischer Zeitungen und verprügelten die Mitarbeiter dieser Redaktionen, die ihnen unter die Hände kamen. Die Behörden bereiteten diesem Treiben der Pogromhelden durchaus keine Hindernisse, und die Polizei wahrte die Rolle des neutralen Beobachters...

Die faschistischen Pogrome haben die Auf-

merksamkeit der Weltöffentlichkeit neuerlich auf das innerpolitische Regime in der Türkei gelenkt. Der provokatorische Hitlerdiplomate von Papen war seinerzeit mit den türkischen Zuständen durchaus zufrieden: mit der Polizei als auch mit der Rechtsprechung und der offiziellen Presse. Aber Papens Zeiten sind vorbei und die regierenden Kreise der Türkei konnten offenbar diesen Umstand nicht unbeachtet lassen. Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus begannen sie von der bevorstehenden Durchführung „vernünftiger demokratischer Reformen“ in der Türkei zu sprechen.

Die fortschrittlichen Schichten der türkischen Öffentlichkeit faßten diese Versprechungen als den Anfang einer wenn auch bescheidenen Abschwächung des Polizeiregimes im Lande auf. Seit dem 1. Dezember erscheinen in Istanbul die fortschrittliche Zeitung „Yeni Dünya“ und die Zeitschrift „Görüşler“. Die Zeitung „Tan“ trat mit einer Kritik der Gesetzentwürfe der Regierung hervor und wies darauf hin, daß sie für eine wirkliche Demokratisierung des Landes nicht hinreichen.

Die Konsolidierung und Aktivierung der demokratischen Kräfte im Lande liegt jedoch am wenigsten in der Absicht der regierenden Kreise der Türkei, die über demokratische Reformen nicht für den inneren, sondern lediglich für den äußeren Gebrauch diskutieren. Durch einen erstaunlichen „Zufall“ hatten dafür die faschistischen Rowdys aus der Studentenschaft, den Kriegsschulen und Gymnasien ein ausgezeichnetes Verständnis. In Istanbul wurden die Redaktionen der demokratischen Zeitungen „Tan“, „La Turquie“, „Yeni Dünya“, der Zeitschrift „Görüşler“ und mehrere Buchhandlungen demoliert, in denen Sowjetliteratur verkauft wurde.

Dieser Tage wurde eine Untersuchung eingeleitet, die dem türkischen Regime kaum neuen Ruhm gebracht hat. Wie soll die Untersuchung geführt werden? Die offiziöse Zeitung „Ulus“ versichert, die Pogrome seien „ein Ergebnis spontaner Begeisterung“ gewesen. In der Presse und im Medschlis werden Forderungen laut, als Urheber des Übels — die Journalisten und Herausgeber der demolierten Zeitungen vor Gericht zu stellen (!).

In der Türkei werden offenbar nicht die Organisatoren, sondern die Opfer der Verbrechen bestraft.

AUFERSTANDENE GESPENSTER

Außer sonstigem Eigentum der ehemaligen deutschen Botschaft in London wurden faschistische Fahnen, Hitlerporträts und eine Hitlerbüste versteigert. Die englischen Faschisten

gestalteten die Versteigerung zu einer Demonstration für den Hitlerfaschismus. Dieser Skandal rief im Lande eine begreifliche Empörung hervor. Manche Zeitungen versuchten, den Eindruck abzuschwächen. „Manchester Guardian“ erklärte, es handle sich hier nur um ein Geschäft, und erinnerte seine Leser an Vespasians Worte: „Geld stinkt nicht.“ „Evening News“ erklärte aus dem gleichen Anlaß, die englischen Faschisten seien überhaupt keine Faschisten, sondern nur Gespenster.

Der Gestank der für die Hitlerbüste demonstrativ bezahlten 500 Pfund Sterling erinnert jedoch penetrant an die in England bestehenden faschistischen Gruppen und Organisationen. Diese werden von den zu Beginn des Krieges internierten und jetzt befreiten Aktivisten des ehemaligen „Bundes der britischen Faschisten“ geschaffen. Eine dieser Organisationen nennt sich „Legion christlicher Reformisten“. Sie wird von einem gewissen Hauptmann Baker geleitet, der kürzlich dem Berichterstatter der „Daily Express“ erklärte: „Ich halte Hitler für ein göttliches Wesen.“ Ein Gebet der „christlichen Reformisten“ endet mit den Worten: „Im Namen Adolf Hitlers, Amen.“ Der Stab der Legionäre befindet sich in der Stadt Petworth, nicht weit von der Schule, unter deren Trümmern eine deutsche Bombe Dutzende englischer Kinder begrub.

In England besteht auch eine faschistische Organisation, die unter dem Namen „Katholische Gesellschaft der Wahrheit“ ihr Unwesen treibt. In einer unlängst herausgegebenen Broschüre predigt diese Gesellschaft einen neuen Krieg. Sie fordert zum Krieg gegen die Sowjetunion im Namen... „der Verteidigung der christlichen Zivilisation in Europa“ auf. Erinnert das nicht an das politische Vermächtnis der Verbrecher, die auf der Anklagebank in Nürnberg sitzen?

Die englische Öffentlichkeit ist durch das Wiederaufleben der faschistischen Organisationen im Lande beunruhigt. Deren Tätigkeit ist zum Gegenstand von Anfragen und Erklärungen im Parlament geworden. Die zuständigen Behörden geben jedoch die „Erläuterung“, sie seien nicht imstande, einen Gesetzesparagraphen zu finden, der es ihnen ermöglichen würde, gegen die faschistische Propaganda vorzugehen. Vorderhand wurden andere Maßnahmen getroffen: 34 Hitlerbildnisse und einige andere „Reliquien“ wurden der Versteigerung entzogen.

Die Zeitungen melden, daß die Faschisten, die sich zu dieser Versteigerung eingefunden hatten, ihrer Empörung Ausdruck gaben, weil die Behörden ohne vorhergehende Bekanntmachung Gegenstände mit dem Hakenkreuz von der Versteigerung ausschlossen...

EINE GEFÄHRLICHE THERAPIE

Das Sowjetmemorandum über die deutschen Truppenformationen in der englischen Besatzungszone Deutschlands und die ausführlichen Mitteilungen der Sowjetpresse über große deutsche Wehrmachtverbände, die noch heute in Schleswig-Holstein bestehen, lenken die Aufmerksamkeit neuerlich auf die in dieser Zone betriebene Politik. Welche Zustände herrschen dort heute, im achten Monat nach der Kapitulation Deutschlands? Wie werden dort insbesondere die Beschlüsse der Verbündeten über die Entfernung der Hitlerfaschisten aus dem politischen und wirtschaftlichen Leben durchgeführt? Antwort auf diese Fragen finden wir in den Meldungen der ausländischen Berichterstatter, darunter auch englischer. Bemerkenswerte Tatsachen bringt der Berichterstatter des Londoner Sonntagsblattes „Observer“ in seiner Beschreibung der Lage in Hamburg und der Tätigkeit des von der britischen Militärverwaltung bestellten deutschen Bürgermeisters Petersen und seines Senats.

„Als in Hamburg die Frage der Beseitigung des starken Nazieinflusses aufgeworfen wurde“, lesen wir im „Observer“, „da erklärte mir Petersen mit unzweifelhafter Offenheit, daß man so wenig Leute wie möglich entlassen dürfe. Entläßt man die früheren Nazis ohne Pension, so werden aus ihnen nach Petersens Meinung nur unzufriedene Elemente, die die öffentliche Sicherheit bedrohen.“

Man will also den Nazis nicht nahetreten, und dem „Observer“ zufolge tut man es auch nicht. Viele notorische Nazis und ehemalige SS-Offiziere, stellt die Zeitung fest, bekleiden nach wie vor in der Hamburger Polizei hohe Posten.

Der Widerstand gegen die Säuberung des öffentlichen Lebens von den Nazis erhält auch seine, mit Verlaub zu sagen, ideologische Begründung. Der Hamburger Justizsenator Advokat Kisselbach hat den englischen Behörden ein spezielles Memorandum unterbreitet.

„Dieses Dokument“, schreibt der „Observer“, „bildet die unverhüllteste Apologie des Nazismus, die im Machtbereich der Verbündeten je geschrieben werden könnte. In diesem Dokument heißt es, die Hitlerpartei sei gegen die Republik und das Parlament, nicht aber gegen die Ideen der Demokratie gewesen (!). Kisselbachs Meinung zufolge dürfe die Verurteilung eines Menschen wegen seiner früheren Zugehörigkeit zur Naziartei auf keinen Fall mit den jüngsten Enthüllungen über die Natur des Hitlerfaschismus in Zusammenhang gebracht werden.“

Im Hinblick auf die Lage in der englischen Zone schrieb die Londoner „Times“ vor kurzem, die englischen Behörden zögen den chirurgischen Methoden die therapeutische Heilung vor. Es

bleibt nur zu bedauern, daß diese Heilmethode im gegebenen Falle eine Lage erzeugt, die man mit dem französischen Sprichwort kennzeichnen kann: „Je öfter man ändert, um so mehr bleibt's beim alten.“ In Schleswig-Holstein untergebrachte bewaffnete Hitlertruppen, Nazi-beamte und Nazisenatoren an der Spitze der deutschen Verwaltung — das ist das Ergebnis der Therapie, die die „Times“ der konsequenten Erfüllung der von den Verbündeten übernommenen Verpflichtungen entgegenstellt.

EIN KATHOLISCHER KAPLAN ALS — PREDIGER DER EHESCHIEDUNG

Die polnische Presse schildert den ergreifenden Empfang von Soldaten, die nach sechsjährigen schweren Irrfahrten durch verschiedene Länder nunmehr aus Italien in die Heimat zurückgekehrt sind. Die Soldaten des II. Armeekorps erzählten auf einer Versammlung in Katowice, mit welchen Mitteln General Anders die polnischen Soldaten von der Rückkehr in die Heimat abhalten wollte. Er versicherte, daß es ein Polen überhaupt nicht gebe; als die Soldaten dennoch erklärten, daß sie zu ihrem heimatlichen Herd zurückkehren wollten, wurden sie in jeder Weise schikaniert. Den Widerspenstigen wurden die Orden, die Uniformen und sogar die Wäsche weggenommen, sie wurden tagelang eingesperrt, unter freiem Himmel gehalten usw. Das alles unternahm Anders mit Wissen und Billigung einiger alliierter Behörden und unter Mitwirkung treuer Diener des Vatikans.

Ein polnischer Soldat erzählte u. a., daß sich dabei besonders ein Militärkaplan hervorgetan habe. Dieser Hüter der Moral redete auf die Soldaten ein: falls sie sich nach dem Familienleben sehnten, so könnten ihre Ehen gelöst werden und sie würden das Recht haben, Italienerinnen zu heiraten.

Man weiß ja, mit welchem Eifer die katholische Kirche das Sakrament der Ehe und die Heiligkeit der Familie verteidigt. Manchen ihrer Diener aber sind offenbar alle Mittel recht, wenn es sich um den Kampf gegen das demokratische Polen und um die Bildung reaktionärer Banden unter der Leitung Anders' handelt. Der Vatikan ist schnell bei der Hand, wenn es gilt, über „undisziplinierte“ fortschrittliche Geistliche herzufallen. Man hat aber noch kein Wort über Maßnahmen gehört, die der päpstliche Stuhl gegen die Kapläne Anders' getroffen hätte, die die Ehescheidung predigen und dadurch mit den Dogmen des Katholizismus Schindluder treiben.

LOBENSWERTE OFFENHEIT

Die katholische Presse Englands schrieb während des Krieges mit großem Eifer die Hitler-schen Lügenmärchen nach. Las man diese Zeitungen, so kam man nicht um den Eindruck herum, daß sie das faschistische Deutschland als Freund und Verbündeten und die Sowjetunion als ihren Hauptgegner betrachteten.

Nun ist aber Goebbels weg, und die englischen katholischen Zeitungen standen vor der schwierigen Frage: womit sollen die Spalten gefüllt werden? Man muß zugeben, daß sie sich der Lage gewachsen zeigten. Die Zeitung „Catholic Herald“ veröffentlichte einen Artikel des berühmten Otto Strasser, der die den Händen Goebbels' entglittene Fahne weiterträgt.

Die politische Physiognomie Otto Strassers ist ja bekannt. Er war einer der Pioniere des deutschen Faschismus und trennte sich lediglich aus taktischen Gründen von Hitler: er wollte die Weltherrschaft des großdeutschen Reiches auf sichererem und seiner Ansicht nach weniger abenteuerlichem Wege erreichen. Seinerzeit gewann Hitler die Oberhand, und Otto Strasser mußte emigrieren. Jetzt will Strasser Revanche nehmen. Er bietet der internationalen Reaktion seine Dienste an als natürlicher und rechtmäßiger Nachfolger des „Führers“.

Da er sich einmal als Nachfolger Hitlers gebärdet, so hält Strasser natürlich mit seinem Haß gegen die Sowjetunion nicht zurück. Er schreckt die Engländer: die Sowjetunion habe die Kontrolle über 60 Prozent des Territoriums Europas und über 40 Prozent seiner Bevölkerung. Als beflissener Schüler wiederholt er die Erfindungen von dem „eisernen Vorhang“, der dieses Territorium von der übrigen Welt trenne. Er versichert, auf diesem Territorium herrsche — man zittere! — „die Diktatur und der Kommunismus“; „die Eisenbahnschienen — wie entsetzlich! — wurden von der europäischen Spurweite auf die asiatische Spurweite der russischen Bahnen umgestellt“, usw. usw.

Strasser ist nichts weniger als originell. Er wiederholt das von dem Goebbelsschen Leierkasten zu Tode georgelte Motiv: Deutschland könne „unter russische Herrschaft geraten und früher oder später kommunistisch werden“! Zur Rettung Deutschlands fordert Strasser — die Wiederherstellung des deutschen Faschismus. Zu diesem Zwecke entwirft er ein ganzes System von Maßnahmen. Er macht den Westmächten den Vorschlag, so bald wie möglich Wahlen unter Teilnahme aller Deutschen über 21 Jahre durchzuführen. Er schreibt:

„Das eventuelle Auftauchen der nationalsozialistischen Partei in solchen Wahlen wäre nicht nur keine Gefahr, sondern im Gegenteil erwünscht.“

Es ist gewiß nicht erstaunlich, daß für Strasser das Wiederaufleben des deutschen Faschismus ohne Hitler höchst erwünscht wäre. Viel erstaunlicher ist es, daß diesem Anwärter auf das Hitlererbe die Spalten einer englischen Zeitung offenstehen, herausgegeben in London, das mit den noch unvernarbten Wunden des zweiten Weltkrieges bedeckt ist.

EIN FRANZÖSISCHER JÜNGER DER DEUTSCHEN RASSISTEN

In Frankreich werden so viele Zeitschriften herausgegeben, daß manche von ihnen offenbar nur mit Mühe Leser finden. Die Monatsschrift „Le Monde Français“ brachte einen Artikel unter der Überschrift „Die deutsche Seele“, offenbar in der Hoffnung, auf diese Weise wenn nicht an die Seele, so doch an die Tasche des lesenden Publikums heranzukommen. Der Verfasser machte die Entdeckung, die deutsche Seele habe drei Elemente: ein lateinisches, ein sächsisches und — ein slawisches. Dem lateinischen Element werden vom Verfasser alle irdischen Tugenden zugeschrieben. Das sächsische Element behandelt er mit gemischten Gefühlen, da es sowohl gute als auch schlechte Seiten habe. Das

slawische Element jedoch erscheint als Wurzel alles Übels.

„Das slawische Blut ist in Deutschland so verbreitet“, heißt es in dem Artikel, „daß der Pangermanismus als eine Spielart des Panslawismus zu betrachten ist.“

Diese hemmungslosen Faselien des französischen Jüngers der Hitlerrassisten würden keine Beachtung verdienen, wenn er sich nicht die Aufgabe stellte, vor dem französischen Leser diejenigen zu verleumden, die Frankreich vor dem Pangermanismus gerettet haben. Es erscheint nützlich, daran zu erinnern, daß Hitler, nachdem er mit Hilfe von Verrat und Wortbruch leichte Siege im Westen, darunter auch über Frankreich, errungen hatte, zum erstenmal gerade im slawischen Osten, in der Sowjetunion, auf Widerstand stieß. Auf den slawischen Territorien begingen die Hitlerfaschisten die unmenschlichsten Grausamkeiten, hier fanden nicht nur Millionen deutscher Soldaten, sondern auch Hitlers Weltherrschaftspläne ihr Grab.

Das Schwein in der bekannten Fabel, das die Wurzeln der alten Eiche unterwühlt, kann in der Tat als Sinnbild der Dankbarkeit und Vorbild des Edelmutes gelten, verglichen mit dem Verfasser der Betrachtungen über die deutsche Seele.

Das Gesicht des Feindes

Von unserer Sonderberichterstatterin in Nürnberg

N. SERGEJEWA

IN BLEIERN SCHWEREN NEBEL ist in diesen Dezembertagen Deutschland gehüllt, das nun die Früchte der zwölfjährigen faschistischen Herrschaft erntet. Graue, regenschwere Wolken hängen über den Ruinen der Nürnberger Gotik, von der die Alben strotzten, die zu den Hitlerparteitagen in Prachtexemplaren herausgegeben wurden. Die halbe Million Einwohner Nürnbergs hat in den heil gebliebenen Vorstädten Unterschlupf gefunden oder sich über ganz Bayern verstreut. Vor den Trümmern einer zusammengestürzten Kirche und altertümlicher Türme hat eine Gruppe Jugendlicher auf einstigen Blumenbeeten einstiger Grünanlagen Feuer angezündet, um Kartoffeln abzukochen. Auf den schmalen Trampelpfaden zwischen aufgetürmten Steinhaufen balanciert auf seinem Fahrrad ein

belebter deutscher Mann in solidem Überzieher und Hut. Liegt da nicht sein Kraftwagen, mit den Rädern nach oben, bei den Überresten der gesprengten Brücke, die den um die Burg — das Stadtzentrum — führenden Stadtgraben überquerte? Die Straßen sind so tot und menschenleer, daß der an den Fenstern unseres Kraftwagens vorbeigleitende Friedhof mit den üblichen Grabhügeln und Grabsteinen nicht an den Tod gemahnt, sondern an das Leben, an das einfache Menschenleben in einer Welt, die vom Faschismus noch nicht verstümmelt war.

In dieser vom Hitlerfaschismus verheerten Stadt klopft jetzt aber der heiße Puls des Lebens. Diesen Pulsschlag fühlt der ganze Erdball. Tausende unsichtbarer Fäden verbinden das Nürnberger Gerichtsgebäude mit der übrigen Welt. Das

Internationale Kriegstribunal erfüllt jetzt hier eine historische Aufgabe, es verkörpert das kollektive Gewissen der Völker, die den deutschen Faschismus in tödlichem Ringen zur Strecke gebracht haben und nun seine letzten Wurzeln aus dem Boden reißen wollen.

Vor Gericht werden Dokumente verlesen, wie die Weltgeschichte ihresgleichen nicht kennt. Diese Dokumente beleuchten die Hexenküche des deutschen Faschismus. Sie zeigen uns noch deutlicher die Fratze des Feindes. Nicht nur Göring, Hess, Ribbentrop und Konsorten zeigen sie uns, sondern den deutschen Imperialismus.

Die Rädelsführer des deutschen Faschismus hofften vergebens, sie würden straflos ausgehen. Was ihnen diese Zuversicht gab, war nicht so sehr das Bewußtsein eigener Kraft — wirklich drohend war sie nur im Jahre 1941 — als vielmehr der Glaube, es würde gelingen, das Lager der friedliebenden Mächte auf die Dauer zu spalten. Die Hitlerfaschisten werden durch Dokumente entlarvt, die sie mit eigenen Händen, man könnte meinen, eigens für das Gerichtsverfahren verfertigt haben. Tagebücher, Briefe, Protokolle, Denkschriften, Aufzeichnungen der geheimsten Unterredungen. Dem Papier verheimlichten die Nazis nichts. Ihre Diplomaten gaben feierliche Versicherungen ab und unterzeichneten Verträge, gleichzeitig aber hielten sie in ihren Tagebüchern und Meldungen fest, wie sie diese selben Verträge und Zusicherungen wortbrüchig umstoßen wollten. Die Nazis verfaßten und bewahrten diese Dokumente, die ihre Niedertracht enthüllen, anscheinend für die „Geschichte“. Sie glaubten, als Sieger würden sie sich für ihre Handlungen nicht zu verantworten haben, und daß sie siegen würden, davon waren sie ebenso überzeugt wie der Wegelagerer, der im Hinterhalt mit gezücktem Messer auf sein nichtsahnendes Opfer lauert.

Unser Land hat mehr als jedes andere unter der deutschen Aggression gelitten. Wir wissen aus eigener Erfahrung, mit was für einem starken und gefährlichen Feind wir es zu tun hatten. Auf dem Prozeß studieren wir diesen Feind in präparierter Form. Seine Leiche liegt auf dem Seziertisch, sein Inneres ist bloßgelegt.

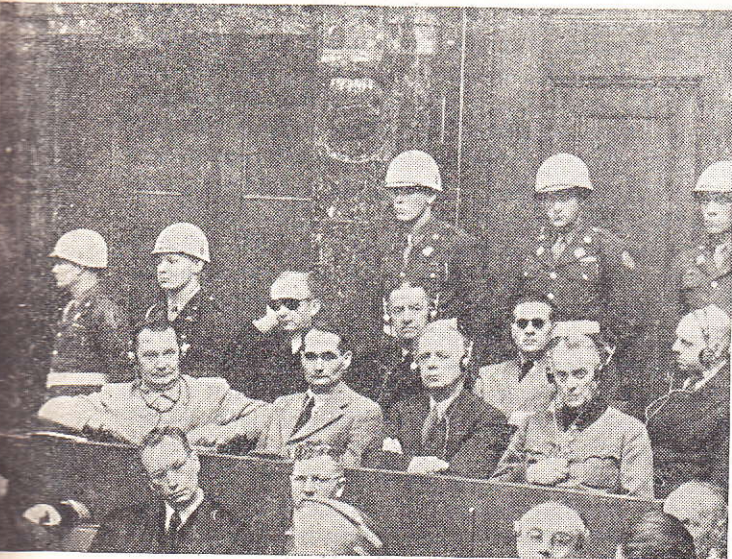
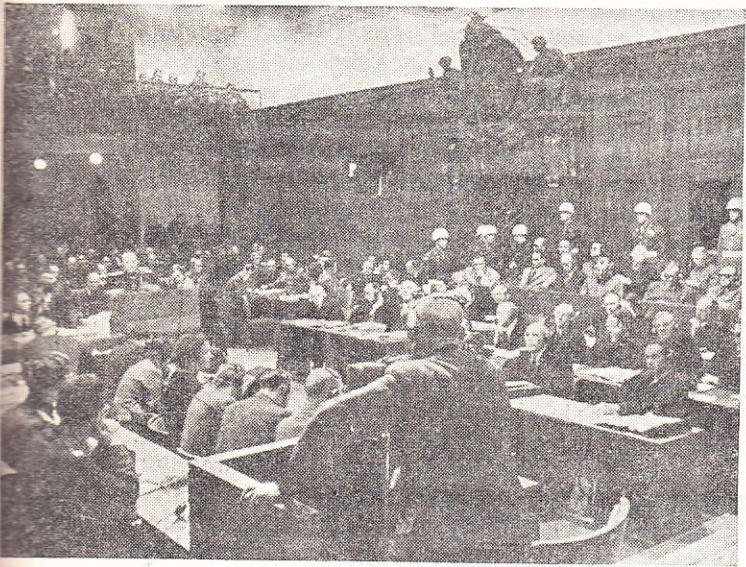
Wenn von den Rüstungen Deutschlands die Rede ist, wiegt Göring lächelnd den Kopf. Keitel stellt sich, als ob er Tränen vergieße, wenn die Bestialitäten der Nazis im Film gezeigt werden. Zeuge Lahusen, im Nebenamt Kriegsverbrecher, wirft sich in Positur und spricht lang und breit von der „komplizierten Natur“ Canaris', des Chefs des deutschen Nachrichtendienstes, und von den Verdiensten der „gemäßigten“ Nazis. Alles dies ist jedoch nur Hintergrund, die Hauptsache

sind die Tatsachen, die vor Gericht enthüllt werden. Der Aggressionsplan, das Komplott gegen den Frieden wurde schon viele Jahre vorher ausgeheckt. Seine Ausführung wurde unentwegt, tagaus tagein, betrieben. Das Erscheinen der Braunhemden in der politischen Arena war schon ein Teil dieses Planes. Er war bis in die kleinsten Details ausgearbeitet, allseitig durchdacht — ökonomisch, politisch, strategisch. Es war der Plan des deutschen Imperialismus. Die Angeklagten waren seine getreuen Diener. Die von ihnen geschaffene nationalsozialistische Bewegung, ihre sogenannte Theorie, ihre lärmenden Reden, ihre geheimen Beratungen — alles diente einem fest umrissenen Ziel: den Überfall auf die Welt vorzubereiten und mit allen Mitteln den Sieg zu sichern.

Wir hören von Wortbrüchen niedrigster Sorte, national und international, von Blutbädern, Meuchelmorden, von Beratungen im Hauptquartier des „Führers“, in denen es sich nach den Worten von Zeugen „ständig um Brandstiftungen und Morde drehte“. Banditismus als Methode der Staatspolitik, Verbrechen, die zum Prinzip erhoben wurden.

Man lauscht der monotonen Verlesung der enthüllenden Dokumente und sieht klar, wie unzulänglich die Vorstellungen mancher Leute sind. Wie oft sah die Auslandspresse in den Führern Hitlerdeutschlands nur unbedeutende Lügner und Marktschreier, zufällig aufgetauchte Abenteurer. Gewiß sind sie Abenteurer und Marktschreier. Aber nicht nur darum geht es. Wir sehen jetzt, wie diese Marktschreierei, dieses Abenteuerertum, diese Unmoral von einer erfahrenen und sicheren Hand auf die Erfüllung einer wohlgedachten Aufgabe gelenkt wurden — die Aufrichtung der Herrschaft des deutschen Imperialismus mit Hilfe von Methoden, für die gerade solche Banditenhände gebraucht wurden, wie sie jetzt auf der Schranke der Anklagebank im Gerichtssaal liegen.

Nur einige hundert Menschen sitzen in dem kleinen Saal des Justizpalastes: die unmittelbaren Prozeßteilnehmer — Richter, Staatsanwälte, Sachverständige, Verteidiger —, außerdem Korrespondenten der Weltpresse. Die speziell erbaute Galerie für das Publikum hat nur ganz wenig Plätze, die zum größten Teil von dem technischen Personal des Gerichtshofes besetzt sind. Den Pressevertretern ist fast die Hälfte des Gerichtssaals zur Verfügung gestellt. Sie können alles, was vorgeht, ausgezeichnet sehen und jedes Wort hören. Alle dem Gericht vorgelegten Dokumente, alle Angaben über die Angeklagten und ihre Verteidiger, umfangreiche Kartotheken, Archive und eine Bibliothek stehen ihnen zu Gebote. Im Gerichtsgebäude sind für die Korrespondenten Arbeitszimmer, ein Schreibmaschinenbüro, ein



Senderraum, Telefon, Telegraph und ein Speisesaal eingerichtet.

Das Internationale Kriegstribunal hat für die notwendigen Bedingungen gesorgt, damit die Weltöffentlichkeit durch Presse und Rundfunk über den Prozeß gut informiert werde.

Es handelt sich natürlich nicht darum, daß die Welt bald erfährt, um wieviel Kilogramm Göring abgenommen hat, was Streicher kaut oder wie oft sich das degenerierte Gesicht Hess' zu einem höhnischen Lächeln verzog. Es geht um Probleme, die weit über das persönliche Schicksal der Verbrecher hinausgehen, die vor Gericht stehen. Die Millionen Menschen, die unwillkürlich die Fäuste ballen, wenn sie daran denken, was die Welt durch die deutsche Aggression erleiden mußte, sollen die Wahrheit kennen, die der Prozeß enthüllt. Sie sollen das wahre Gesicht des Feindes sehen. Nicht die Grimasse Ribbentrops, nicht die Faxen Hess' oder die Heuchlermaske Schachts, sondern das Gesicht des deutschen Imperialismus, der der Welt so viel Leid gebracht hat. Dafür zu sorgen ist die Pflicht der Presse.

250 Korrespondenten sitzen täglich im Gerichtssaal, Menschen aller Altersstufen, aller Nationalitäten, Männer und Frauen, junge und alte, in Zivil und in Uniform mit der Aufschrift „Kriegsbericht“ am Ärmel. Diese Menschen halten die Fäden in der Hand, die den Nürnberger Gerichtssaal mit der übrigen Welt verbinden. Während der Verhandlungen lauschen sie aufmerksam, machen Eintragungen in ihre Notizblocks, in den Pausen blättern sie in Dokumenten, laufen hinunter in den „Press Room“, sehen neue Stöße von Materialien durch, lesen Bulletins und Communiqués, dann klappern sie geschäftig auf den Schreibmaschinen. Begreifen sie, welche Verantwortung sie vor der Welt tragen? Ist die Öffentlichkeit mit ihrer Darstellung des Nürnberger Prozesses zufrieden?

Sieht man manche Stöße von Zeitungen durch, die mit der Tagespost aus England und Amerika eintreffen, so fällt es schwer, eine befriedigende Antwort zu geben. In vielen englischen und amerikanischen Zeitungen tragen die Prozeßberichte einen durchaus oberflächlichen Charakter. In der Rubrik „Aus dem Gerichtssaal“ wird mit mehr Eifer und Schwung ein Bankeinbruch oder der Brillantenraub bei einer kleinen Modesängerin geschildert als die erschütternden Dinge,

AUF DEM PROZESS DER DEUTSCHEN HAUPTKRIEGS- VERBRECHER IN NÜRNBERG

1. Mitglieder des Internationalen Kriegstribunals: der sowjetische Richter Generalmajor der Justiz Nikitschenko und sein Stellvertreter, Oberst Woltschkow. 2. Gesamtansicht des Gerichtssaals. 3. Die Anklagebank.

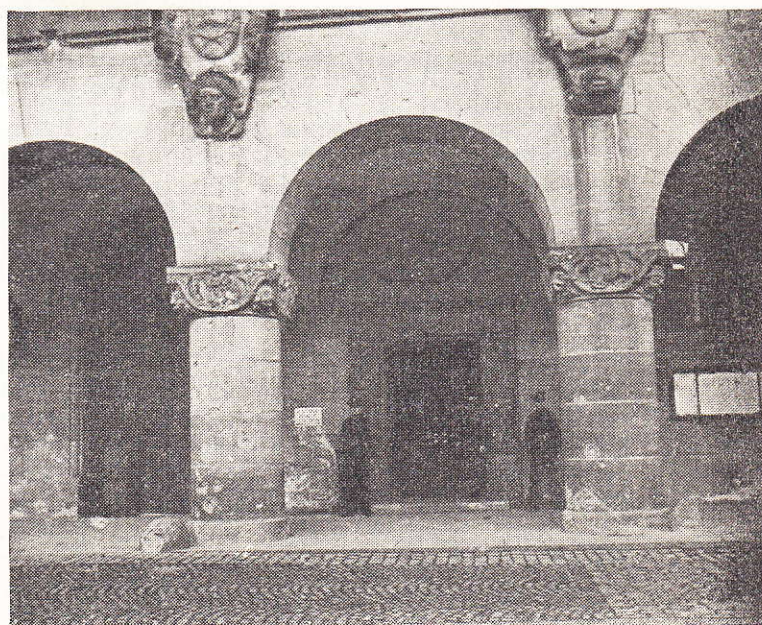
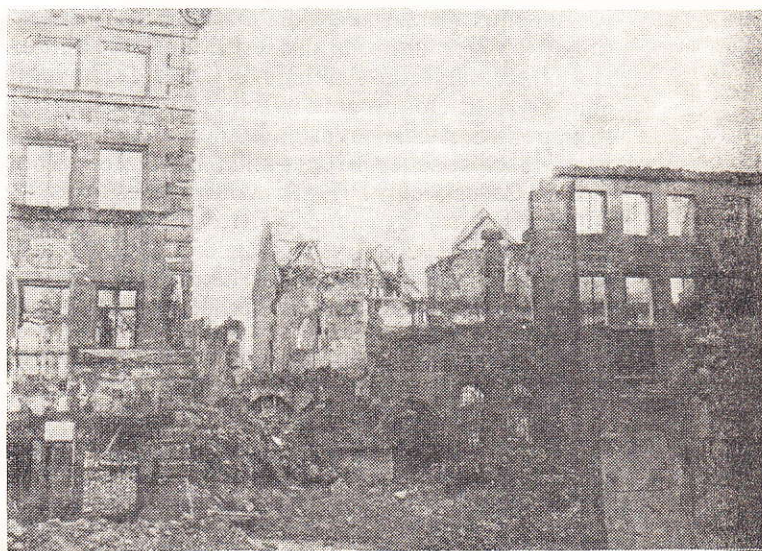
Aufnahmen von W. Kinelowski

die jetzt vor unseren Augen im Gerichtssaal erstehen.

Die Nürnberger Berichterstatter vieler englischer und amerikanischer Zeitungen verkleistern nach wie vor die Hirne ihrer Leser mit banalem Unsinn. Sie ziehen es vor, das Menü Keitels zu studieren und nicht die Beziehungen der deutschen Generalität zur Nazipartei. Sie bestürmen den Gefängnisbibliothekar mit Fragen, welche Romane Hess während des Prozesses gelesen hat. In den Tagen, wo die Anklagevertreter die geheimsten Dokumente über das Komplott gegen den Frieden bekanntgeben, drucken einige Zeitungen das Tagebuch der Geliebten Hitlers, Eva Braun, vom Jahre 1936 ab! Die englische „Daily Mail“ interessiert sich wenig dafür, wer Befehl gab, die russischen Kriegsgefangenen zu brandmarken und auszurotten, bringt aber das Bild eines strohblonden Mädels, der Tochter General Rommels, die den Leser mit plumpen Anspielungen schreckt, die deutschen Faschisten hätten nicht übel Lust, das Nürnberger Gerichtsgebäude in die Luft zu sprengen.

Man sagt, die „Größen“ der amerikanischen und englischen Presse seien nicht unter den Korrespondenten in Nürnberg vertreten. Einige dieser „Größen“ ziehen es tatsächlich vor, sich über den Prozeß aus weiter Ferne zu äußern. Eine so prominente Journalistin wie z. B. Dorothy Thompson hat sich nicht herbeigelassen, Nürnberg zu besuchen. Dabei ist sie bekanntlich eine sehr bewegliche Dame, die erst kürzlich die halbe Welt bereist hat und in Jerusalem und im Vatikan war. Sie zeigt kein Interesse, die Helfershelfer Hitlers, die sie seinerzeit interviewte, auf der Anklagebank zu sehen. Sie macht fast kein Hehl daraus, daß sie an dieser Stelle statt des besiegtten deutschen Faschismus lieber manchen von den Siegern sehen würde. In der „New York Post“ veröffentlicht Dorothy Thompson Betrachtungen, die Verbrechen der Nazis stellten „einen Teil der deutschen Revolution“ dar — als ob Görings Verteidiger ihr die Worte diktiert hätte. Ihre spitze Feder richtet sie nicht gegen den deutschen Faschismus, sondern gegen das jugoslawische Volk, das diesen Faschismus heroisch bekämpfte.

Bekannt ist, daß die Hitlerfaschisten auch in demokratischen Ländern Gesinnungsgenossen haben. Die auf der Anklagebank sitzenden deutschen Hauptkriegsverbrecher haben ihre Vertei-



AUF DEM PROZESS DER DEUTSCHEN HAUPTKRIEGS- VERBRECHER IN NÜRNBERG

1. und 2. Zerstörungen im Stadtzentrum Nürnbergs.
3. Eingang zum Gerichtsgebäude, in dem das Internationale Kriegstribunal tagt.

Aufnahmen von W. Kinelowski

diger nicht nur im Gerichtssaal, sondern auch jenseits des Ozeans. Die profaschistische amerikanische Presse betreibt z. B. eine unverhüllte Kampagne gegen den Nürnberger Prozeß. Die McCormick-Zeitung „Chicago Tribune“ erdreistet sich, die Gesetzlichkeit des Internationalen Kriegstribunals anzuzweifeln, und tritt für ein „unparteiisches Gericht“ ein unter Teilnahme von Richtern aus Schweden, der Schweiz und anderen neutralen Ländern, eine Idee, die auch Göring in seinem „Interview“ unterstützt. Man kann sich wohl vorstellen, daß er an Stelle der englischen, amerikanischen, sowjetischen und französischen Richter lieber Franco oder irgend jemanden von seinen skandinavischen Spießgesellen sehen würde. Das wäre gewiß ein nettes Gericht!

Die Auslandsverbindungen des deutschen Faschismus gehen über die Mauern der Redaktionen einiger amerikanischer Zeitungen hinaus. Der amerikanische Anklagevertreter Dodd legte dem Gericht Dokumente vor, wonach die Firma Krupp ihre Auslandsverbindungen zur Verbreitung faschistischer Propaganda benutzte und zu diesem Zweck der Privatkanzlei Ribbentrops die Adressen ihrer Auslandskontrahenten zur Verfügung stellte. Auf dem Prozeß kamen bereits manche Angelegenheiten der deutschen Industriellen und Bankiers zur Sprache. Die Rolle der

Leute, deren Kettenhunde die Hitlerbande war, wurde wohl noch mehr geheimgehalten als die übrige verbrecherische Tätigkeit des deutschen Imperialismus, die Beratungen im Hauptquartier des „Führers“, der Plan „Barbarossa“ oder der Plan „Seelöwe“. Indes laufen gerade von diesen Kreisen die Fäden zu einflußreichen überseeischen Geschäftsleuten, deren Unterstützung seinerzeit den Nährboden für die Bazillen des deutschen Faschismus bildete.

Alles dies und noch viel mehr könnten die Nürnberger Korrespondenten ihren Lesern erzählen. Sie haben dazu genügend überzeugendes, beredtes Material. Vielleicht bliebe dann weniger Raum für die Wühlarbeit der Zeitungsschakale, die an dem mit so viel Mühe errichteten Frieden nagen.

In England und besonders in Amerika wird jetzt viel von der Rolle und Bedeutung der Presse, von ihrer Freiheit gesprochen. Der Nürnberger Prozeß ist ein ernster Prüfstein für die gesamte Presse. In ihren Händen liegt ein machtvolles Werkzeug zur Einwirkung auf die öffentliche Meinung, damit aus der Geschichte der Aggression des deutschen Imperialismus nutzbringende Lehren für die Menschheit gezogen werden.

Nürnberg, Dezember 1945

Durch die Tschechoslowakei

(Reisenotizen)

A. MENSCHIKOW

UNTER DEM FLUGZEUG — Prag. Das Wetter ist trübe, es regnet. Unser „Douglas“ durchschneidet die Wolken und senkt sich rasch. Uns entgegen steigt der Flughafen, durchzogen von den geraden Linien der glitzernden, gleichsam lackierten Asphaltstraßen. Das Flugzeug ist vor das Gebäude des Flughafens bugsiert, die einfachen Zoll- und Paßformalitäten sind erledigt, und wir befinden uns in der Hauptstadt der Tschechoslowakei.

Nach Warschau, wo wir zuletzt übernachteten, macht Prag den Eindruck einer Stadt, die vom Kriege fast unberührt geblieben ist. Mit Ausnahme des altstädtischen Rathauses und einiger anderer Gebäude, die von den deutschen Okkupanten während des Volksaufstandes, Anfang Mai 1945, zerstört wurden, sind fast nirgends Spuren des Krieges zu sehen. Die „Burg“ — der Prager Kreml —, die Wiege des tschechischen Staatswesens, ist unversehrt. Auch die Altstadt

mit ihren herrlichen Baudenkmälern, die modernen Stadtviertel und selbst die Brücken über die schöne Moldau, die sich durch Prag schlängelt, haben keinen Schaden gelitten. Die Deutschen konnten ihre Zerstörungspläne nicht ausführen: viel zu unerwartet kam ihnen das rasche und kühne Manöver der Roten Armee, die am 9. Mai 1945 die Hauptstadt der Tschechoslowakei befreite.

„Wir standen am Rande des Untergangs“, sagte uns ein Teilnehmer des Maiaufstands, „und die Rote Armee hat nicht nur Prag vor der Zerstörung gerettet, sondern auch uns selbst vor dem sicheren Tod.“ Man begreift daher auch die Begeisterung, mit der die Einwohner Prags die Befreierarmee begrüßten. Als wir in Prag ankamen, war die Zeit des stürmischen Freudeausbruches des befreiten Volkes natürlich schon abgelöst von den Werktagen mit ihren Alltagsorgen. Aber auch jetzt empfindet der Sowjet-

bürger berechtigten Stolz, wenn er überall neben den tschechoslowakischen Fahnen die Sowjetfahnen und neben den Porträten des Präsidenten Beneš Stalinbildnisse erblickt.

Volksgedühle lassen sich nicht vortäuschen. Beobachtet man die Menschenmenge auf den Straßen, wie sie Marschall Konjew begrüßt, der Prag einen Tagesbesuch abstattet; sieht man, wie das Erscheinen des Genossen Stalin auf der Kinoleinwand jedesmal Ovationen im Zuschauer-raum auslöst und wie die Nachfrage nach Sowjetzeitungen und Sowjetliteratur nicht zu befriedigen ist, so überzeugt man sich mit eigenen Augen, daß das tschechoslowakische Volk vom Gefühl der Dankbarkeit und der Sympathie für die Sowjetunion erfüllt ist.

Spricht man nicht vom Volk als ganzem, sondern versucht man, sich in den Stimmungen der verschiedenen Schichten der tschechoslowakischen Gesellschaft zurechtzufinden, so wird man natürlich nicht nur einzelne Personen, sondern auch ganze Gruppen finden, die unter der Maske der Höflichkeit zurückgehaltene Unfreundlichkeit und Mißgunst verbergen. Diese Leute und Gruppen sind gering an Zahl, aber ihre Tätigkeit wird dennoch empfunden. Sie reden zuweilen von der Überlegenheit der „westlichen“ Zivilisation über die „östliche“, sie verbreiten zuweilen unter der Hand irgendeine abgedroschene Verleumdung über die Rote Armee und berufen sich dabei auf „autoritative“ Mitteilungen gewisser englischer und amerikanischer Zeitungen, oder wiederholen einfach eine faschistische Lüge, die sie aus der Zeit des deutschen „Protektorats“ im Gedächtnis behalten haben. Das sind diejenigen, die sich mit den Deutschen während ihrer sechsjährigen Herrschaft „eingelebt“ haben. Und manchmal nicht nur eingelebt, sondern mit den Gewalten des „Protektorats“ sogar aktiv zusammengearbeitet haben. Man kann leider auch nicht behaupten, daß die gesamte tschechoslowakische Presse völlig frei vom Einfluß dieser Leute und Gruppen wäre. Die noch nicht überwundenen Folgen der faschistischen Propaganda, mit der das Bewußtsein der Bevölkerung jahrelang vergiftet wurde, machen sich geltend, und auch — was vielleicht das Wichtigste ist — das unmittelbare Interesse einiger sogenannter „westlich orientierter“ Elemente, die Tschechoslowakei vom Wege der festen Freundschaft mit der Sowjetunion abzudrängen und Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Vorkriegsorientierung zu schaffen.

Einer unserer Gesprächspartner, ein bedächtiger tschechoslowakischer Geistesarbeiter, der lange Jahre als Gymnasiallehrer tätig war, sagte uns:

„Für uns ist, es kein Geheimnis, daß unsere

Vorkriegsdemokratie in vieler Hinsicht nur eine sogenannte Demokratie war. Jetzt haben wir den Weg der wirklichen Demokratisierung unseres ganzen Lebens beschritten. Aber wie viele Hindernisse gibt es da noch! Wieviel werden wir noch für die Demokratie kämpfen müssen!“

Die Verteilung der politischen Kräfte in der Tschechoslowakei ist ziemlich kompliziert. Die Regierung und die provisorische Nationalversammlung stützen sich auf einen Block von fünf Parteien. Aber in diesem Block gibt es Elemente, die in Wirklichkeit die heutige demokratische Politik nur dulden. Sie sind weder mit dem jüngst erlassenen Dekret über die Nationalisierung der Großindustrie noch mit der Nationalisierung der Banken und anderen demokratischen Reformen zufrieden. Äußerlich wird die Einheit gewahrt, es gibt aber viele Anzeichen, daß irgendwo in der Tiefe, weitab von der Kontrolle des Volkes, ein dumpfer Kampf gegen die Demokratisierung des Landes geführt wird.

Zunächst entgeht es selbst dem abseits stehenden Beobachter nicht, daß die Durchführung der Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung von heimlicher Sabotage der Besitzer der Industrie- und Handelsbetriebe begleitet wird. Lange vor der Annahme des Gesetzes über die Nationalisierung der Industrie begannen die Waren vom Markt zu verschwinden. Auch die für den 1. November erwartete Währungsreform trug hierzu bei. Die Kaufleute lehnten es hartnäckig ab, das alte Papiergeld in Zahlung zu nehmen, obwohl es Waren gab. Die Schieber füllten sich die Taschen sowohl durch Schleichhandel als auch durch Aufkauf der alten Banknoten zu niedrigerem Kurs. Dadurch wurde der normale Handel lahmgelegt. Die Bevölkerung hatte nicht einmal die Möglichkeit, Lebensmittel auf Karten zu bekommen. Eine Prager Zeitung brachte eine Karikatur, wo eine Henne abgebildet ist, die mit Eiern vollgestopft ist, gackert, aber keine Eier legen will. Darunter stand: „Ich warte ab, bis das neue Geld kommt.“

Eine andere verbreitete Erscheinung ist die heimliche Industriesabotage. Durch den Übergang der Großbetriebe an den Staat hat die Arbeiterklasse der Tschechoslowakei begreiflicherweise ein Interesse an der Steigerung der Betriebsleistung und folglich auch der Arbeitsproduktivität gewonnen. Die ehemaligen Betriebsbesitzer äußerten indes unmittelbar oder durch ihre Vertrauensleute eine für sie ungewöhnliche und ihnen bis dahin ganz fremde Sorge um die Vermehrung der Feiertage. In den wenigen Wochen, die wir in der Tschechoslowakei verbrachten, gab es zahlreiche Feiertage aus den verschiedensten Anlässen. Da an Sonntagen hier nicht nur die Betriebe und Ämter, sondern auch

alle Läden geschlossen sind, auch die Lebensmittelgeschäfte und sogar die meisten Apotheken, und an Sonnabenden schon mittags Feierabend gemacht wird, so kam es einmal vor, daß volle vier Tage hintereinander gefeiert wurde.

* * *

Die Hauptstadt der Tschechoslowakei heißt mit Recht das „goldene Prag“. Sie ist belebt und trägt zu Zeiten ein Festkleid. An sonnigen Herbsttagen fühlt man sich wohl an den Ufern der Moldau, am Hradschin oder in den stillen Vierteln von Bubeneč mit ihren wunderschönen, in Grün und Blumengärten gebetteten Villen, wo die Straßen mit Kastanienbäumen umrahmt sind. Die Leute, mit denen wir zu tun hatten, durchweg gesprächig und freundlich, halfen uns, die Stadt kennenzulernen. Die Sprache bildet hier für den Russen kein großes Hindernis. In verhältnismäßig kurzer Zeit konnten wir uns ohne Übersetzer verständlich machen. Allerdings wandten sowohl wir als auch unsere Gesprächspartner etwas eigenartige Redewendungen an, unter schonungsloser Verletzung der Regeln sowohl der russischen als auch der tschechischen Sprache, erreichten aber schließlich doch unseren Zweck. Bemerkenswert ist, daß manche tschechische Wörter wie die russischen lauten, aber etwas ganz anderes bedeuten. Das hat zuweilen spaßige Mißverständnisse zur Folge.

* * *

Mitte Oktober machten wir eine Reise nach Mähren und der Slowakei. Brno, die Hauptstadt Mährens, hat unter den faschistischen deutschen Okkupanten stark gelitten. Viele Gebäude sind zerstört, manche von ihnen fast restlos. Große Opfer brachte auch die Stadtbevölkerung. Viele hervorragende Vertreter der gebildeten Berufe wurden von den Deutschen in Konzentrationslager geschleppt, gefoltert und bestialisch ermordet. Professor Neumann, der Rektor der Masaryk-Universität, der im Konzentrationslager gewesen war, erzählte uns von den Schrecken des Hitlerterrors. Auf seine Einladung besichtigten wir das Gebäude der juristischen Fakultät der Brnoer Universität, wo unter dem deutschen Protektorat das faschistische Gericht amtierte und die Gestapo Vernehmungen und Folterungen durchführte. Im Souterrain dieses Gebäudes hatten die SS und die Gestapo eine geräumige Speisehalle eingerichtet, der entfernteste Saal war für die faschistischen Vorsteher bestimmt. Hier veranstalteten sie ihre Gelage, die mit wilden Orgien, Schießereien usw. endeten. Die Wände dieses Saales sind mit unzünftigen Bildern bemalt, einer Art Hexensabbat, dessen Figuren auf Bestellung der Brnoer Faschistenhäuptlinge

deren eigene Physiognomien tragen. Professor Neumann hat diese Früchte der faschistischen „Kunst“ photographieren lassen; jetzt werden die Wände gereinigt und neu angestrichen.

Am Abend waren wir im Stadttheater, wo das dem Andenken der Opfer des faschistischen deutschen Terrors gewidmete „Tschechische Requiem“ aufgeführt wurde. In den Logen und im Parterre sah man viele Frauen in tiefer Trauer. Die von einem talentvollen tschechischen Komponisten geschriebene Trauermusik machte auf alle tiefen Eindruck.

Aus Brno brachte uns der Expreszug „Slowakischer Pfeil“ in zweieinhalb Stunden nach Bratislava, der Hauptstadt der Slowakei. Diese ihrem Umfang und ihrer Bevölkerungszahl nach kleine Stadt an der Donau sieht besonders an klaren, sonnigen Tagen höchst malerisch aus. Wir besuchten die Ruinen des alten Schlosses Theben an der Mündung der March in die Donau sowie den Ort Pesinec, den Mittelpunkt des slowakischen Weinbaus. Durch die einfache, aber tiefempfundene Begrüßung des Vorsitzenden des Nationalkomitees dieses kleinen Ortes waren wir sehr gerührt.

„Ich begrüße Sie“, sagte er, „als Vertreter des Volkes, das uns befreit hat.“

Als er diese Worte sprach, standen Tränen in seinen Augen.

Soweit man bei einem Aufenthalt von wenigen Tagen in der Slowakei wahrnehmen konnte, entwickelt sich das politische Leben hier in schärferen Formen als im tschechischen Gebiet. In der Slowakei bestehen nur zwei Parteien: die kommunistische und die demokratische. Kann man in Prag oder in Brno die Weite der Pendelschwingung von der wahrhaft demokratischen bis zur verkappt reaktionären Strömung an einer mehrgliedrigen Skala darstellen, gibt es dort nicht nur einen, sondern mehrere Zwischenstriche, so sind hier in der Slowakei die Grenzen viel schärfer gezogen, und die Logik des politischen Kampfes führt der demokratischen Partei einen bedeutenden Teil nicht nur verkappter, sondern auch offener Reaktionäre zu.

* * *

Wir verließen Prag bei herrlichem Novemberwetter. Das „goldene Prag“ sah besonders majestätisch aus.

Am Abend des 6. November begann in Prag (wie in der ganzen Tschechoslowakei) die Feier des 28. Jahrestages der Oktoberrevolution. Die zahlreichen Massendemonstrationen und Fackelzüge werden uns lange in Erinnerung bleiben als ein eindrucksvolles Zeichen der aufrichtigen brüderlichen Gefühle des tschechoslowakischen Volkes für unser großes Land.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Die überseeischen Stützpunkte der USA

FRAGE:

In letzter Zeit brachte unsere Presse einige Mitteilungen der Auslandspresse über die Absichten der USA, die während des Krieges in den verschiedenen Weltteilen angelegten militärischen Stützpunkte zu behalten. Ich möchte Bescheid wissen, wo sich diese Stützpunkte befinden und auf welche von ihnen die Amerikaner jetzt nach Kriegsende Anspruch erheben.

Ingenieur M. Worobjow,
Moskau

ANTWORT:

Die militärischen Operationen des zweiten Weltkrieges erfaßten mehr oder minder alle Kontinente und Meere. Nur dem amerikanischen Kontinent ist dieses Schicksal erspart geblieben; die zum Kriegseinsatz gelangten Streitkräfte der USA kämpften in den verbündeten oder feindlichen Ländern. Während die amerikanischen Truppen im Kriege von 1914—1918 nur an der Westfront konzentriert waren, waren sie im zweiten Weltkrieg auf mehr als fünfzig verschiedene Gebiete verteilt, die zum Teil weit von den Fronten entfernt lagen. So haben die Amerikaner ein weitverzweigtes System von machtvollen militärischen Stützpunkten geschaffen, das im Grunde genommen den ganzen Erdball umspannte.

Amerikanische Stützpunkte entstanden in einer Reihe europäischer Länder, in Nordafrika, im Nahen Osten, in Indien, Birma, China, Australien, Kanada und auf zahlreichen Inseln des Atlantischen und des Stillen Ozeans. Der Gehilfe des Flottenministers der USA, Hensel, erklärte am 5. September 1945 auf einer Pressekonferenz, daß die USA seit 1940 434 militärische Stützpunkte verschiedenen Ausmaßes — angefangen von kleinen, nur eine Funkstation mit der entsprechenden Bedienung umfassenden, bis zu starken See- und Luftflottenstützpunkten — geschaffen haben. Auf dem pazifischen Kriegsschauplatz wurden 195, im Raum des Indischen Ozeans und im Nahen Osten 11 neue Stützpunkte angelegt. Auf dem atlantischen Kriegsschauplatz wurden 228 Stützpunkte geschaffen, davon 18 im Nordatlantik, 67 im Golf von Panama und im Karibischen Meer, 25 im Südatlantik, 55 in Nordafrika und im Mittelmeerraum, und 63 in England, Frankreich und Deutschland.

Zur Frage der militärischen Stützpunkte äußerte sich USA-Präsident Truman in einer Rundfunkrede am 9. August 1945 wie folgt:

„Obwohl die USA durch diesen Krieg keinen territorialen Gewinn und keinerlei Profit oder egoistische Vorteile anstreben, werden wir die militärischen Stützpunkte aufrechterhalten, die zur vollen Sicherung unserer Interessen und des Weltfriedens erforderlich sind. Stützpunkte, die nach Ansicht unserer Militärfachleute zu unserer Verteidigung notwendig sind und über die wir gegenwärtig nicht verfügen, werden wir erwerben.“

Nach den Meldungen der Auslandspresse zu urteilen, haben die amerikanischen Militär- und Flottenfachleute noch nicht endgültig die Stützpunkte auf dem Gebiete anderer Staaten bestimmt, die die USA ihrer Ansicht zufolge nach dem Kriege brauchen. Anscheinend im Zusammenhang damit hat das amerikanische Flottenkommando Befehl erhalten, ohne besondere Verfügung keinen der im Pazifikraum bestehenden Stützpunkte zu liquidieren. Immerhin erhält man eine gewisse Vorstellung von dem Ausmaß der amerikanischen Nachkriegsforderungen, wenn man die erwähnte Mitteilung des Gehilfen des Flottenministers, Hensel, auf der Pressekonferenz sowie die Erklärung Admiral Hornes, des stellvertretenden Chefs der Obersten Flottenleitung, in der Flottenkommission des Repräsentantenhauses in Betracht zieht, in der eine große Anzahl von Stützpunkten aufgezählt ist, die die amerikanische Kriegsflotte brauche.

Die Absichten der USA in bezug auf militärische Stützpunkte sind am erschöpfendsten im Bericht der Marinekommission des Repräsentantenhauses dargelegt. Der Bericht empfiehlt für die amerikanische Kriegsflotte 40 vorgeschobene Stützpunkte, hiervon 27 im Pazifischen und 13 im Atlantischen Ozean.

Unter den pazifischen Stützpunkten sind 12 „ständige Operationsbasen“ vorgesehen, und zwar Kodiak, Adak, Hawaii, Balboa, Guam, Saipan, Bonin, Volcano, Riu-kiu, Tawi-Tawi, Subig, Leyte, Samar, Puerto Princesa (Palawan) und Manus; 10 „eingeschränkte Operationsbasen“ auf den Galapagos-Inseln, auf Attu, auf der Insel Johnston, auf Midway, Wake, Samoa, Eniwetok, Kwadjelin, Truk, Palau; 5 „Reparaturstützpunkte“ in Dutch Harbour, auf den Inseln Canton, Palmyra, Majuro und Ululsi.

Im Atlantischen Ozean sind folgende „ständige Operationsbasen“ vorgesehen: Argentua, Coco-Solo, Guantánamo, Portoriko, auf den Jungfern-Inseln (Virgin Islands) und Trinidad; ein „Versorgungsstützpunkt“ auf den Bermuda-Inseln; die „Reparaturstützpunkte“ St. Thomas (Portoriko), Antigua, Georgetown, Great Exuma, Jamaika, St. Lucia. Im Bericht wird darauf hingewiesen, daß die Kriegsmarine im Atlantikraum auch 18 vorgeschobene Luftflottenstützpunkte brauche, und zwar die „Operationsbasen“ Roosevelt Roads (Portoriko), Coco-Solo, Argentua, die Bermuda-Inseln, San Juan (Portoriko), Guantánamo, Trinidad, die Azoren; ferner „Versorgungsstützpunkte“ in Grönland und Island, die „Reparaturstützpunkte“ St. Thomas, Antigua, Jamaika, Great Exuma, Georgetown und St. Lucia.

Die Absicht der USA, nach dem Kriege Stützpunkte außerhalb der eigenen Territorien zu unterhalten, hat sowohl in den USA als auch im Ausland verschiedene Meinungsäußerungen hervorgerufen. Wie der Korrespondent der Agentur Associated Press mitteilt, haben einige amerikanische Militärfachleute und Politiker sich im Rundfunk über das Schicksal der strategischen Stützpunkte im Pazifikraum geäußert. Oberst der Marineinfanterie Carlson, der während des Krieges im Pazifikraum eine Sonderabteilung kommandierte (mit deren Tätigkeit sich die amerikanischen Zeitungen und Zeitschriften sehr ausführlich befaßten), erklärte:

„Wir müssen konsequent sein und dem System internationaler Konsultationen und Handlungen treu bleiben, indem wir die Bezirke, die durch Eroberung in unsere Hände gelangten, internationaler Kontrolle unterstellen.“

Der Demokrat Outland, Mitglied des Repräsentantenhauses, erklärte gleichfalls, daß der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die oberste Kontrolle über die Stützpunkte ausüben solle. Er wies darauf hin, daß der Sicherheitsrat in gewissen Fällen den USA die Hauptrolle bei der Verwaltung und sogar die gesamte Kontrolle über ein gegebenes Territorium übertragen kann.

„Wenn jedoch“, erklärte Outland, „die USA die Stützpunkte nur durch Gewaltanwendung an sich bringen und behalten, so wird dies Argwohn säen und unserer künftigen Sicherheit Abbruch tun.“

Im Gegensatz zu solchen Äußerungen forderten Senator Magnuson und Abgeordneter Izac, beide Demokraten, die USA sollten die während des Krieges geschaffenen Stützpunkte im Stillen Ozean behalten.

Einige amerikanische Politiker erklärten es sogar für notwendig, die Liste der im Bericht der Kommission für Kriegsmarinefragen angeführten

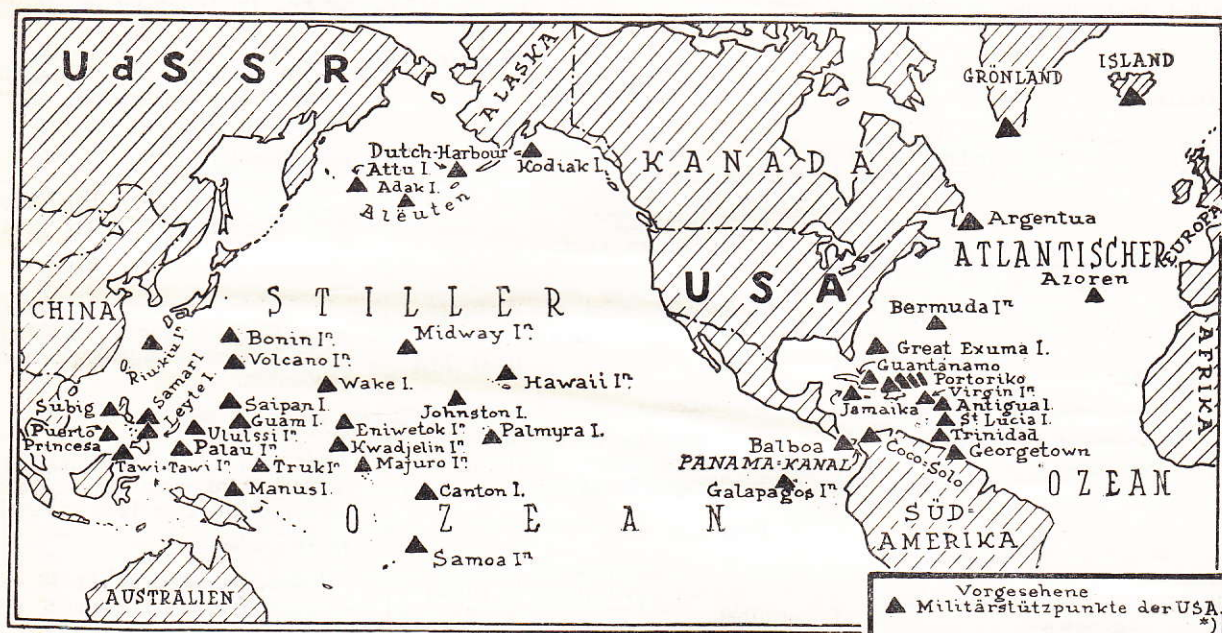
Stützpunkte zu erweitern, und schlugen sogar praktisch vor, welche Territorien die USA erwerben müßten. So besteht z. B. Oberstleutnant Hubbard in einem Artikel in der Zeitschrift „Colliers“ darauf, daß die USA Grönland erwerben müßten, um dort einen Luftflottenstützpunkt und andere militärische Anlagen zu schaffen. In einem Vorwort zu diesem Artikel setzte sich der republikanische Senator Brewster entschieden für den Vorschlag Hubbards ein und wies darauf hin, daß „Grönland auf dem kürzesten Wege vom amerikanischen Mittelwesten nach Europa liegt“.

Einige amerikanische Zeitungen, die die Meinung der imperialistischsten Kreise vertreten, legten großen Appetit auf die strategischen Überseestützpunkte an den Tag. Das Bestreben der USA, die ihnen während des Krieges zur Verfügung gestellten oder im Laufe der Kriegshandlungen besetzten Stützpunkte zu behalten und neue anzulegen, berührt jedoch unweigerlich die Interessen anderer großer und kleiner Länder. Viele amerikanische militärische Stützpunkte, die 9000—10 000 Kilometer vom amerikanischen Festland entfernt sind, liegen den lebenswichtigen Zentren nicht nur der Länder, auf deren Territorium sie sich befinden, sondern auch der Nachbarländer unverhältnismäßig nahe. Unter solchen Umständen vermögen die gewöhnlich vorgebrachten Behauptungen, diese Stützpunkte benötigten die USA zur Gewährleistung der Sicherheit ihres Territoriums, durchaus nicht immer zu überzeugen, zumal einige offizielle Vertreter der amerikanischen Streitkräfte auch andere Beweggründe genannt haben, aus welchen ihnen die Erwerbung der einen oder anderen Stützpunkte erwünscht wäre. So trat der Oberkommandierende der Luftstreitkräfte, General Arnold, in einer Rede im Nationalen Presseklub am 6. Dezember 1945 dafür ein, daß die Amerikaner sich in Island einen Stützpunkt schaffen, da dies „die amerikanischen Truppen den Wirtschaftszentren anderer Länder bedeutend näher bringen wird“. Der Vertreter der Seestreitkräfte der USA, Gehilfe des Flottenministers, Hensel, aber erklärte auf einer Pressekonferenz, eine Reihe von Stützpunkten müßten die USA behalten, um sie zu neutralisieren und andere Länder von ihrer Benutzung auszuschließen.

Im Lichte dieser Tatsachen begreift man leicht die ernstlichen Befürchtungen in einigen Ländern, in denen die USA militärische Stützpunkte unterhalten wollen. Insbesondere berichtet die Auslandspresse einiges über die Stellungnahme Islands. Bekanntlich hat Island, den Erfordernissen des Krieges Rechnung tragend, sich im Juli 1941 einverstanden erklärt, den USA Stützpunkte zur Verfügung zu stellen, jedoch unter der Bedingung, daß die amerikanischen Truppen nach

Kriegsende das Land verlassen. Der verstorbene Präsident Roosevelt versicherte der Regierung Islands in einer Botschaft, daß die USA dieser Verpflichtung nachkommen würden. Trotz alledem hat die amerikanische Regierung am 1. Oktober 1945 Island einen Vertrag vorgeschla-

Eine andere Lösung des Problems der strategischen Stützpunkte schlägt der australische Außenminister Evatt vor. Er gab bekannt, Australien sei bereit, den Amerikanern Stützpunkte nur unter der Bedingung zur Verfügung zu stellen, daß die Australier ihrerseits das Recht



Die Karte enthält nur Stützpunkte, die im Bericht der Flottenkommission im Repräsentantenhaus der USA erwähnt wurden.

gen, durch den mehrere isländische Stützpunkte den amerikanischen Streitkräften langfristig zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Absicht, fremde Truppen in ein Land zu schicken, das selbst keine Streitkräfte besitzt, hat in der Öffentlichkeit Islands ernsten Widerstand ausgelöst.

Der Londoner Korrespondent der „Yorkshire Post“ schrieb über die amerikanischen Ansprüche auf Luft- und Flottenstützpunkte in Island:

„Die Regierung Islands scheint über einen derartigen Vorschlag nicht sonderlich erbaut. In ihrem Gegenvorschlag zieht sie es vor, statt einer Nation Ausnahmerechte zu gewähren, die Stützpunkte der Organisation der Vereinten Nationen zur Verfügung zu stellen...“

erhalten, die nördlich von Australien gelegenen amerikanischen Stützpunkte zu benutzen.

Derartige Tatsachen zeigen, auf welche Schwierigkeiten die Amerikaner mit ihren weitgehenden Plänen naturgemäß stoßen. Die Lehren des soeben beendeten Weltkrieges sind der Menschheit noch frisch im Gedächtnis. An den Erfahrungen dieses Krieges haben sich die freiheitsliebenden Völker noch einmal davon überzeugt, daß alle Versuche, die gesetzmäßigen Rechte und die Souveränität großer oder kleiner Länder zu schmälern und die Interessen einer einzelnen Macht einseitig hervorzukehren, der allgemeinen Sicherheit Schaden bringen.

Oberst M. Toltschonow

1. Dezember

Die Verfassungsgebende Versammlung Jugoslawiens spricht der Regierung Marschall Titos das Vertrauen aus.

In Moskau trifft eine Handelsdelegation der Französischen Republik ein.

2. Dezember

Allgemeine Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung in Albanien.

Wahl des Präsidenten, Vizepräsidenten, der Senatoren und der Mitglieder der Deputiertenkammer in Brasilien.

3. Dezember

Veröffentlichung eines Gesetzes über die Nationalisierung der Banken in Frankreich.

Die Belgrader Zeitungen veröffentlichen den Entwurf zur Verfassung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien.

4. Dezember

Der USA-Senat beschließt das Gesetz über die Beteiligung der USA an der Organisation der Vereinten Nationen.

Die „Iswestija“ veröffentlicht eine Meldung ihres Korrespondenten, wonach die Sowjetvertreter dem Kontrollrat für Deutschland ein Memorandum unterbreitet haben über die in der englischen Okkupationszone bestehenden deutschen Truppenteile.

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

Dezember 1945

Verhaftung von 50 prominenten Persönlichkeiten in Japan.

In verschiedenen Städten Finnlands finden Protestversammlungen gegen die Haftentlassung von Tanner, Kiwimäki und anderen Kriegsschuldigen statt.

In Budapest wird ein Kongreß der ungarischen Gewerkschaften eröffnet.

5. Dezember

In Washington werden die englisch-amerikanischen Wirtschaftsverhandlungen beendet.

6. Dezember

In Warschau wird ein Kongreß der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) eröffnet.

Erlaß eines Haftbefehls gegen den ehemaligen japanischen Ministerpräsidenten Konoe.

7. Dezember

Ablehnung des von den Konservativen im englischen Unterhaus eingebrachten Mißtrauensvotums.

Schluß der ersten Session der ungarischen Nationalversammlung.

8. Dezember

Die Sowjetregierung richtet an die türkische Regierung eine Note wegen der faschistischen Demon-

stration am 4. Dezember in Istanbul, die sowjetfeindlichen Charakter trug.

9. Dezember

Veröffentlichung einer Mitteilung über die Anberaumung einer Beratung der Außenminister der USA, Großbritanniens und der UdSSR für den 15. Dezember in Moskau.

Anerkennung der albanischen demokratischen Regierung durch Bulgarien.

10. Dezember

Bildung einer neuen italienischen Regierung mit de Gasperi an der Spitze.

In Helsinki werden die Prozeßverhandlungen gegen die finnischen Kriegsschuldigen wiederaufgenommen.

11. Dezember

Der holländische Faschistenführer Mussert wird vom holländischen Sondergericht zum Tode verurteilt.

12. Dezember

Todesurteil gegen 36 Hitlerhenker aus dem Konzentrationslager Dachau.

13. Dezember

11 Hitlerhenker aus dem Konzentrationslager Belsen, darunter der ehemalige Lagerkommandant Kramer, werden gemäß dem Gerichtsurteil durch den Strang hingerichtet.

15. Dezember

Unterredungen des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten, W. M. Molotow, mit dem USA-Staatssekretär Byrnes und dem englischen Außenminister Bevin nach ihrem Eintreffen in Moskau.

Die hier angeführten Ausgaben sind in russischer Sprache erschienen, falls nicht anders vermerkt.

* * *

STAATSVERLAG FÜR POLITISCHE LITERATUR

Neuerscheinungen:

MITTEILUNG DER STAATLICHEN SONDERKOMMISSION ZUR
FESTSTELLUNG UND UNTERSUCHUNG DER VERBRECHEN DER
FASCHISTISCHEN DEUTSCHEN OKKUPANTEN.

Über den Materialschaden, den die faschistischen deutschen
Okkupanten Staatsbetrieben und -institutionen, Kollektivwirtschaften,
gesellschaftlichen Organisationen und Staatsbürgern der UdSSR zugefügt
haben. 32 S., Rbl. 0,20

Die Berliner Dreimächtekonzferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945. 38 S.,
Rbl. 0,30

*Die Satzung der Organisation der Vereinten Nationen und das Statut des
Internationalen Gerichtshofes.* 64 S., Rbl. 0,60

W. M. DSHORDAN — *Großbritannien, Frankreich und das deutsche
Problem in den Jahren 1918—1939.* 304 S., Rbl. 7,50

E. M. SHUKOW — *Der japanische Imperialismus, ein Feind der freiheit-
liebenden Völker.* 32 S., Rbl. 0,40

F. I. MICHALEWSKI — *Das Gold in den Weltkriegen.* 236 S., Rbl. 6,—

Prof. S. W. BACHRUSCHIN — *Iwan Grosny.* 100 S., Rbl. 2,—

W. L. SNEGIRJOW — *Admiral Uschakow.* 75 S., Rbl. 1,—

W. L. SNEGIRJOW — *Admiral Senjawin.* 61 S., Rbl. 1,—

S. S. DMITRIJEW — *Der Sieg von Tscheschme.* 43 S., Rbl. 0,60

Oberst M. W. SAWIN, Oberstleutnant W. I. SIDOROW — *Die Zerschlagung
der Deutschen vor Leningrad.* 36 S., Rbl. 0,35

G. KARPOW, J. SCHKOLNIKOW — *Die Turkmenische Sozialistische
Sowjetrepublik.* 72 S., Rbl. 1,—

A. I. OPARIN — *Der Ursprung des Lebens.* 102 S., Rbl. 1,60

* * *

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT HALBMONATLICH
IN
RUSSISCHER,
ENGLISCHER,
FRANZÖSISCHER
UND
DEUTSCHER SPRACHE

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.